

Grünberger Wochenblatt.

Erscheint täglich.

Monatlicher Bezugspreis: Aus der Geschäftsstelle
oder den Ausgabestellen abgeholt 1.50 RM. (wöchentlich
88 Pf.) ins Haus gebracht 1.75 RM.

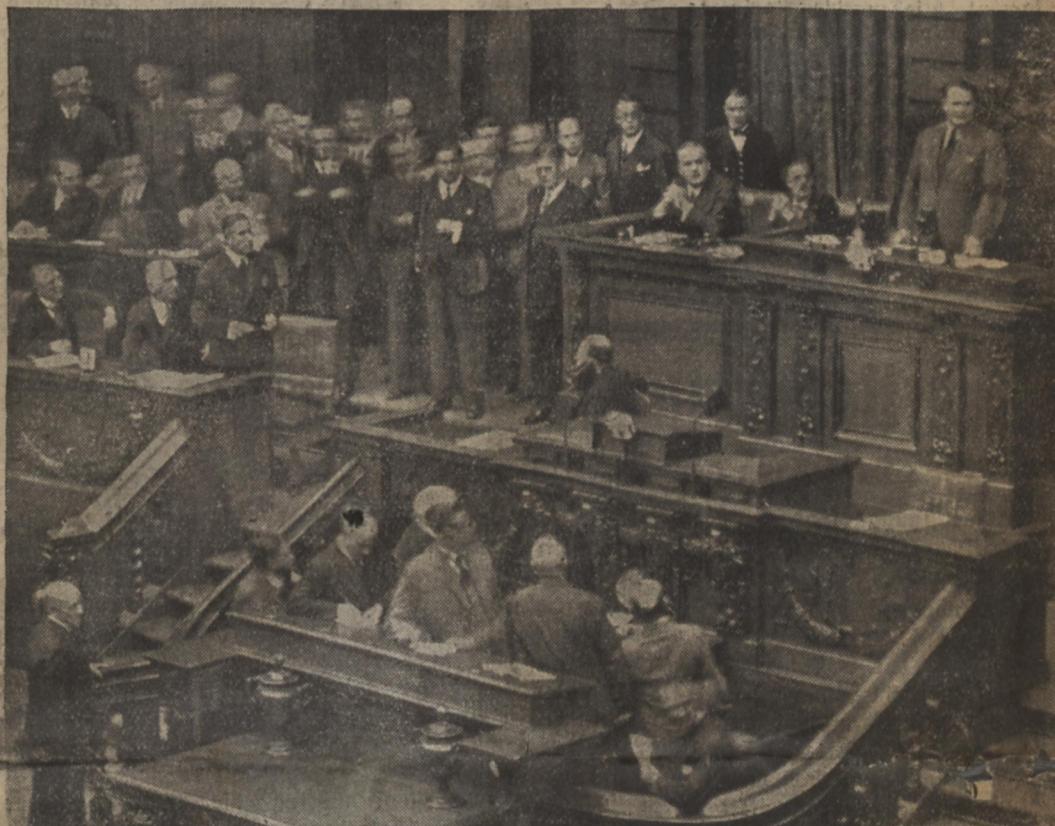
Durch die Post bezogen kostet das Wochendatei monatlich 1.50 RM. durch den Brieftaiger ins Haus gebracht 1.86 RM.

Zeitung für Stadt und Land.

Abonnementpreis: Die einwöchige 30 Millimeter breite
Periode kostet 20 Apf. — Die Reklamezelle (90 Millimeter
breit) kostet 80 Apf. — Fernpreise: Nr. 2 101 und 102
Postleitz. Konz. Dresden 12342.
Bank-Konten: Dresden Bank, Deutsche Bank und
Disconto-Gesellschaft, Stadt-Sparfasse, Kreis-Sparfasse
samtlich in Grünberg in Schlesien.

Der Reichstag aufgelöst!

Ein historischer Tag des deutschen Schicksals.



Der Verlauf der Sitzung.

Zweite Sitzung am 12. September, 9 Uhr nachmittags.

Die Tribünen, auch die Diplomatenloge, sind bis auf den letzten Platz besetzt. Am Tisch der Reichsratsdeputierten sitzt an der ersten Stelle, wie früher, der durch den Reichskommissar seines Amtes entthobene Preußische Ministerialdirektor Dr. Böhl. Die Mitglieder des Reichskabinetts sind vollständig erschienen.

Von den nationalsozialistischen Abgeordneten haben diesmal nur wenige die Parteiform angelegt.

Reichstagspräsident Göring, der gleichfalls in Zivil erschien, ist eröffnet um 9 Uhr die Sitzung und verkündet das bereits mitgeteilte Ergebnis der Schriftführerwahl. Es sind unter den Schriftführern dieses Reichstages keine Sozialdemokraten und keine Kommunisten. Der Präsident teilt dann weiter mit, daß an Stelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Lohse (Nat.-Soz.) der Abg. Bachaus (Nat.-Soz.) getreten ist. Er gibt dann die Konstituierung der Reichstagsausschüsse bekannt.

Zur Geschäftsausordnung begründet Abg. Torgler (Komm.) eine Änderung der Tagesordnung. Seit der letzten Sitzung sei jene Notverordnung erschienen, die die Arbeiterschaft angesehen der Bevölkerung in schlimmster Weise belaste. Das Schicksal der Arbeiterschaft dürfe nicht abhängig gemacht werden von den Verhandlungen über das Schicksal des Reichstages. Früher hätten die Nationalsozialisten zu etwas Kuhhandel genannt. Von den Kommunisten werde darum beantragt, auf die Tagesordnung zu setzen den Antrag auf Aufhebung der Notverordnung und den Mietrauensantrag gegen die Reichsregierung. Sollte, wie zu erwarten, diesem Antrag widergesprochen werden, so beantragen die Kommunisten sofortige Abberaumung einer neuen Sitzung für heute.

Abg. Löhr (Soz.) beantragt, als zweiten Punkt auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung zu setzen. Es sei ja sicher, daß der deutschnationale Fraktionsführer dem kommunistischen Antrag widersprechen werde.

Präsident Göring richtet nun an das Haus die Frage, ob dem kommunistischen Antrag widergesprochen werde.

Von seiner Seite kommt Widerspruch. Diese überraschende Wendung wird mit Bewegung und Heiterkeit zur Kenntnis genommen, denn damit wäre die sofortige Abstimmung über Notverordnung und Mietrauensantrag be schlossen.

Abg. Dr. Friedl (Nat.-Soz.) beantragt, die Sitzung auf eine halbe Stunde zu unterbrechen. Dieser Antrag wird mit den Stimmen der Nationalsozialisten und des Beutums angenommen.

Nachdem Reichstagspräsident Göring seinen Platz wieder eingenommen hat, erscheint Reichskanzler von Papen und zeigt ostentativ eine rote Aktenmappe, das Wahrzeichen der Reichstagsaufsicht in früheren Jahren. Die Kommunisten machen entsprechende Bemerkungen.

Reichstagspräsident Göring eröffnet die Sitzung mit der Erklärung: Nachdem sich vorhin kein Widerspruch gegen

den kommunistischen Antrag erhoben hat, kommen wir jetzt zur gemeinsamen namentlichen Abstimmung über den Antrag Torgler auf Aufhebung der Notverordnung und über den Mietrauensantrag gegen die Regierung.

Reichskanzler von Papen erhebt die Hand, um sich zum Wort zu melden.

Reichstagspräsident Göring sagt mit einer abwehrenden Handbewegung: Wir sind bereits in der Abstimmung, während der Abstimmung kann ich das Wort nicht erteilen.

Von den Nationalsozialisten und der Linken wird diese Erklärung mit großer Heiterkeit und mit Zustimmungskundgebungen begrüßt.

Reichskanzler von Papen geht darauf zum Präsidenten und legt dort ein Schriftstück nieder, offenbar die Auflösungsorder des Reichspräsidenten.

Reichstagspräsident Göring schreibt dieses Schriftstück zurück und erklärt: Wir führen jetzt eine die Abstimmung durch. Wir waren bereits in der Abstimmung und bevor sie durchgeführt ist, kann ich nichts anderes machen.

Unter großer Bewegung wird hierauf die namentliche Abstimmung durchgeführt. Die Kommunisten rufen: „Nieder mit der Hungerregierung!“

Die Regierungsmitglieder verlassen unter höhnischen Bemerkungen der Kommunisten den Saal.

Bei der namentlichen Abstimmung geben die Deutschen rote Neinstimmungen ab.

Reichstagspräsident Göring verkündet das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Mietrauensantrag und über die Aufhebung der Notverordnung: Es sind abgegeben worden 550 Karten, 50 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten, 32 Karten lauteten mit nein, 518 haben mit ja gestimmt. Der Mietrauensantrag und der Antrag auf Aufhebung der Notverordnung sind damit angenommen. (Stürmisches Beifall.)

Reichstagspräsident Göring: Die Abg. Dr. Oberhöfen und Torgler haben sich zur Geschäftsausordnung gemeldet. Ich erteile jetzt das Wort dazu nicht. Nachdem bereits die Abstimmung begonnen hatte, hat der Herr Reichskanzler um das Wort ersucht. Nach der Abstimmung hätte ich ihm

der Verfassung gemäß das Wort erteilt. Während dieser Abstimmung war das nicht möglich. Während dieser Abstimmung hat er mir eine Auflösungsorder des Herrn Reichspräsidenten überreicht, ein Schreiben, das nunmehr, da es gegenwärtig ist von einem Reichskanzler und einer Regierung, die durch die nunmehr durchgeführte Abstimmung als gefürchtet zu bezeichnen ist, hinzüglich geworden ist. (Stürmisches Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Der Reichstagspräsident verliest dann die Auflösungsorder und erklärt dazu nochmals, daß eine solche Auflösungsorder nicht rechtsgültig sein kann, wenn sie gegenwärtig sei von einer Regierung, der die überwältigende Mehrheit der deutschen Volksvertretung das Vertrauen entzogen habe und hinter der im Deutschen Reichstag nur 32 Abgeordnete seien. Er werde dem Reichspräsidenten von dieser Tatsache Mitteilung machen und ihn bitten, unter diesen Umständen seine Auflösungsorder zurückzuziehen. Diese Auflösungsorder komme nicht überraschend. Schon beim Eintritt des Reichstagspräsidenten habe der deutschnationale Bündnisvorsitzende Graef-Ühringen dem Reichspräsidenten erklärt, daß seine Freunde gegen das parlamentarische Regiment seien. Im Gegensatz zu dieser Erklärung wolle er, Reichstagspräsident Göring, streng nach der Verfassung weiterarbeiten und die Rechte der deutschen Volksvertretung wahren. (Stürmisches Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Der Reichstagspräsident schlägt dann vor, Dienstag eine weitere Sitzung abzuhalten mit einer Tagesordnung, die vom Abstimmungstag bestimmt werden soll.

Die genauen Abstimmungszahlen.

Nach der endgültigen amtlichen Abstimmung ist das Ergebnis der namentlichen Abstimmung auf den Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. September und gleichzeitig für den Mietrauensantrag gegen das Gesamtkabinett gegen das Kabinett Papen 512 Stimmen abgegeben worden. Gegen die Anträge stimmten 42 Abgeordnete, nämlich 35 Deutschnationale und die 7 Mitglieder der Deutschen Volkspartei. Von den Deutschnationalen hat sich jedoch der Abg. Spahn der Stimme enthalten. Ferner haben sich der Stimme enthalten: die 8 Abgeordneten der Christlich-Socialen Volksdienstes, Schmidts-Westfalen und Simpoldörfer sowie der Abgeordnete der Volksrechtspartei, Bauer-Stuttgart, in daß sich im ganzen fünf Stimmenthaltungen ergeben. Überhaupt nicht an der Abstimmung teilgenommen haben die vier Mitglieder der Staatspartei, die zwei Abgeordneten der Deutschen Bauernpartei und die zwei Wirtschafts partier.

Von der Deutschen Staatspartei wird dem Nachrichtenbüro des BDK mitgeteilt:

Die Abgeordneten der Deutschen Staatspartei Dietrich, Heus, Lemmer und Stöver haben sich an der heutigen Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. September, verbunden mit einem Mietrauensantrag gegen das Gesamtkabinett, nicht beteiligt. Ein Versuch, das von vornherein zu schwersten Konflikten führen mußte, fanden sie im Interesse des deutschen Volkes nicht verantwortbar. In der Tat hat dieses Vor gehen alsbald zu dem gefährlichen Verfassungsstreit geführt, den die Deutsche Republik bisher zu bestehen hatte.

Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstages

vom 12. 9. 1932.

Berlin 12. September. Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich den Reichstag auf, weil die Gefahr besteht, daß der Reichstag die Aufhebung meiner Notverordnung vom 4. September d. J. verlangt.

Berlin, 12. September 1932.

Der Reichspräsident, gen. von Hindenburg.

Der Reichskanzler, gen. von Papen.

Der Minister des Innern, gen. Freiherr von Gayl.

Bolksbegehren auf Aufhebung der Notverordnung.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat beim Reichsinnenminister die Zulassung des folgenden Volksbegehrens beantragt: Entwurf eines Gesetzes über Aufhebung einer Verordnung des Reichspräsidenten betreffend sozialpolitische Maßnahmen.

Der Reichstag hat auf Volksbegehren das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verklungen wird:

§ 1: Der zweite Teil „sozialpolitische Maßnahmen“ der Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 wird mit Wirkung vom 4. September 1932 außer Kraft gesetzt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat beim Reichsinnenminister die Zulassung des folgenden Volksbegehrens beantragt: Entwurf eines Gesetzes über Aufhebung einer Verordnung des Reichspräsidenten betreffend sozialpolitische Maßnahmen.

Der Reichstag hat auf Volksbegehren das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verklungen wird:

§ 1: Der zweite Teil „sozialpolitische Maßnahmen“ der Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 wird mit Wirkung vom 4. September 1932 außer Kraft gesetzt.

Was sagt die Verfassung?

Im Artikel 38 Absatz 3 bestimmt die Weimarer Verfassung:

"Auf ihr Verlangen müssen die Regierungsvertreter während der Beratung, die Vertreter der Reichsregierung auch außerhalb der Tagesordnung gehört werden. Sie unterscheiden der Ordnungsgewalt des Vorsitzenden."

Reichs-Hesler sagt in seinem Handkommentar zur Verfassung dazu: "Die Vertreter der Reichsregierung können auch außerhalb der Tagesordnung, also auch nach Schluß der Debatte und zu jedem beliebigen Gegenstand das Wort ergreifen."

Schreiben des Reichskanzlers an Göring.

Reichskanzler von Papen hat an den Präsidenten des Reichstages der 6. Wahlperiode, Göring, nachstehendes Schreiben gerichtet:

"Ich stelle fest, daß Sie entgegen dem Artikel 38 der Verfassung des Deutschen Reiches sich geweigert haben, mir in der heutigen Reichstagsitzung das Wort zu erteilen. Sie haben mich dadurch gezwungen, Ihnen die Auflösungsurkunde des Herrn Reichspräsidenten zu überreichen, ohne sie vorlesen zu können. Mit diesem Angenblick war der Reichstag aufgelöst.

Die von Ihnen nachher veranlaßte Fortsetzung der Sitzung und die von Ihnen geleitete Abstimmung waren verfassungswidrig. Auch jede weitere Versammlung und Belehrung des ausgelösten Reichstages mit Ausnahmen der im Artikel 35 der Reichsverfassung vorgesehenen Möglichkeiten würde gegen die Reichsverfassung verstößen."

Kein Zusammentritt des Reichstages.

Wie das Nachrichtenbüro des B.D.Z. erfährt, fand nach der Reichstagsitzung beim Präsidenten Göring eine Aussprache zwischen den Vertretern der Nationalsozialisten und des Zentrums statt, in der die Vertreter des Zentrums zum Ausdruck brachten, daß an der Rechtmäßigkeit der Auflösung des Reichstages gar kein Zweifel bestehen könne. Als Ergebnis dieser Besprechung wurde die Altestenratsitzung abgezögert und der Plan eines neuen Zusammentretts des Reichstages fallen gelassen. Präsident Göring hat sich vorbehalten, eine Erklärung der verfassungsrechtlichen Streitfrage durch Juristen herbeiführen zu lassen. Es ist möglich, daß deshalb der Staatsgerichtshof angerufen wird, was nötigenfalls wegen der vielleicht umstrittenen Legitimation zu einem solchen Vorgehen durch eine oder mehrere Länderregierungen geschehen könnte. Bis zu einer solchen verfassungsrechtlichen Entscheidung wird jedenfalls eine neue Reichstagsitzung nicht stattfinden. Dagegen ist bestägt, den Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung einzuberufen und schon in den nächsten Tagen zusammenzutreten zu lassen.

Die Fraktionsabstimmung aller Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der Deutschen Nationalen, die als Erstes für den nach der Auflösung des Reichstages nicht mehr bestehenden Altestenrat Montag abend unter Vorsitz des Reichstagspräsidenten Göring zusammentrat, hatte, wie das Nachrichtenbüro des B.D.Z. erfährt, das Ergebnis, daß am Dienstag vormittag der Überwachungsausschuß und am Dienstag nachmittag der Auswärtige Ausschuß des Reichstages Sitzungen erhalten sollen. Diese beiden Ausschüsse werden nun die Rechtmäßigkeit der Auflösung des Reichstages erörtern und dann entscheiden, ob ein neuer Reichstag mehr vorhängt.

Die Zentrumsfaktion des Reichstags

besprach am Montag abend die durch die Auflösung des Reichstags geschaffene Lage. Die einmütige Ausspruch der

Zentrumsfaktion geht, wie das Nachrichtenbüro hört, davon, daß in der Auflösung des Reichstags eine schwere Schädigung von Volk und Wirtschaft sowie eine verhängnisvolle Verschärfung der innerpolitischen Spannungen und Gegenläufe erwacht. Nach der Auflösung der Zentrumsfaktion hätte diese ernste Erschütterung des gesamten Volkslebens vermieden werden müssen und können. Die Zentrumsfaktion habe nichts unversucht gelassen, um alle positiven Möglichkeiten zu einer sachlichen Zusammenarbeit zwischen Reichsleitung und Volksvertretung auszuschöpfen. Die Reichsregierung habe jeden derartigen Versuch verfehlt. Die Zentrumspartei müsse daher jede Verantwortung für die verhängnisvollen Folgen dieser Auflösung ablehnen. Getreu ihrer Überlieferung als Verfassungspartei und als Hüterin der Volksrechte werden die Zentrumspartei ihren Weg beiderbarer Sachlichkeit zum Wohle des Volksganzen mit äußerster Entschlossenheit fortführen.

Erklärung der Deutschnationalen Fraktion.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion veröffentlicht folgende Erklärung:

"Nachdem die Nationalsozialisten im Verein mit dem Zentrum den vergeblichen Versuch gemacht hatten, den Reichspräsidenten zur Aufrichtung einer neuen Parteiherrschaft zu bewegen, sind sie in der Reichstagsitzung vom 12. September zur offenen Revolte gegen die Staatsführung geschritten. Der Reichstagspräsident Göring hat die Engegennahme der verfassungsmäßigen Auflösungsorder verworfen und ist in der Richtung von Recht und Gesetz so weit gegangen, daß er die Auflösung als ungültig zu bezeichnen wagte. Das bedeutet die Ausschaltung der Parteiherrschaft gegen den Staat.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat den Reichstag verlassen. Als Kumpfparlament blieben die Parlamentsparteien, bestehend aus Nationalsozialisten, Sozialdemokraten, Kommunisten und Zentrum in fruchloser Demonstration zusammen, um schon eine Stunde später in Streit zu geraten.

Wir Deutschnationalen werden uns nach wie vor für die autoritäre Staatsführung des Reichspräsidenten von Hindenburg gegen Parlament und Parteiherrschaft einsetzen.

Wir sind dessen gewiß, daß in diesem Kampf das nationale Deutschland, das die Parteiherrschaft hassen gelernt hat, zu uns steht. Der 12. September muß zur Geburtsstunde des neuen Deutschlands werden."

Kommunisten verlangen Reichstagsitzung am Mittwoch.

Die kommunistischen Mitglieder des Altestenrates haben beim Reichstagspräsidenten Göring die Einberufung des Altestenrates verlangt. In dieser Sitzung sollte entschieden werden über den Antrag der Kommunisten, am Mittwoch, dem 14. September, nachmittags 3 Uhr, eine neue Reichstagsitzung abzuhalten.

Heute reger Betrieb im Reichstag.

Berlin, 13. September. Im Reichstage herrschte heute vormittag reger Betrieb, da ein großer Teil der Abgeordneten wieder im Reichstag erschienen war, um entweder an Fraktions- oder Ausschusssitzungen teilzunehmen. Die sozialdemokratische Fraktion trat bereits um 10 Uhr zusammen, um sich mit den gestrigen Vorgängen und den heutigen Ausschusssitzungen zu beschäftigen. Die Deutschnationale haben für 11½ Uhr eine Fraktionsitzung im Preußischen Landtag anberaumt.

Der Überwachungsausschuß ist für 11 Uhr vormittags einberufen, der Auswärtige Ausschuß für 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung des Überwachungsausschusses steht der staatsrechtliche Konflikt mit der Reichsregierung. Reichsinnenminister und Reichsjustizminister wollen an der Sitzung teilnehmen, um die Ausschaffung der Reichsregierung an den verfassungsrechtlichen Streitfragen darzulegen. Im Auswärtigen Ausschuß sollen der Auswärtige Vertrag und die Abrüstungsfrage beraten werden.

Berlin, 13. September. Der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Abg. Löde zusammen. Die Beteiligung der Parteien war außerordentlich stark. Auch Reichstagspräsident Göring nahm an der Sitzung teil. Ebenso waren die Länder durch zahlreiche Gesandte vertreten. Von der Reichsregierung war zunächst nur Ministerialdirektor Gotheimer vom Reichsinnenministerium erschienen. Dieser gab zu Beginn der Sitzung eine Erklärung ab, in der es heißt: Die Reichsregierung hält daran fest, daß das Vorgehen des Reichstagspräsidenten in der gestrigen Sitzung des Reichstages mit der Reichsverfassung ab und mit der Geschäftsordnung des Reichstages nicht vereinbar ist.

„Bereiteter Ueberrumpelungsversuch.“

Eine Darstellung der Reichsregierung.

Unmittelbar nach der Reichstagsitzung fand eine Pressekonferenz statt, in der die Reichsregierung folgende Darstellung der plötzlichen Ereignisse gab:

Der Abg. Torgler hatte eine Aenderung der Tagesordnung verlangt, um seinen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 1. September sofort zur Abstimmung zu bringen. Gegen den Antrag erhob sich kein Widerspruch. Die Sitzung wurde auf Antrag des Abg. Dr. Frick auf eine halbe Stunde verlängert. Als die Sitzung wieder eröffnet wurde, erklärte die polnischen Delegierten so, daß man sie nur als einen Ueberrumpelungsversuch, der vereitelt worden ist, bezeichneten kann. Es wurde vom Reichstagspräsidenten festgestellt, daß sich kein Widerspruch gegen den Antrag Torgler erhoben hätte. Auf Grund dessen stellte er diesen Antrag zur Abstimmung. Als dieser Satz gesprochen war, hat sich der Herr Reichskanzler sofort zum

Wort gemeldet, um dem Reichstagspräsidenten die mittlerweile eingetretene Auflösungsorder zu übergeben und sie zu verkünden. Nach Artikel 38 der Verfassung ist jeder Vertreter der Reichsregierung auch außerhalb der Tagesordnung zu hören. Dieser Verfassungsbestimmung hat der Reichstagspräsident nicht nachgegeben, sondern er hat dem Reichskanzler das erste Mal, und als der Reichskanzler daraufhin noch einmal das Wort verlangte, auch das zweite Mal augerufen: „Erst nach der Abstimmung.“ Das wider spricht der Verfassung. Der Reichskanzler hat daraufhin dem Reichstagspräsidenten Göring die Auflösungsorder des Reichspräsidenten übergeben.

Mit dem Augenblick der Überreichung dieser Order an den Reichstagspräsidenten ist sie rechtsgültig geworden. Die daraufhin noch vorgenommene Abstimmung ist rechtsgültig. Selbst aber dann, wenn diese Abstimmung rechtsgültig gewesen und die Auflösungsorder erst nachher dem Reichstag zur Kenntnis gebracht worden wäre, auch in diesem Falle wäre die Rechtmäßigkeit der Auflösungsorder nicht zu bestreiten. Tatsächlich ist sie aber schon in Kraft getreten, bevor die Abstimmung stattfand.

Verdacht eines Sprengstoff-Attentats im Reichstag.

Berlin, 13. September. Der Polizeipräsident teilt mit: Auf Grund einer eingegangenen zuverlässigen Nachricht hat in der Nacht zu heute um 23.30 Uhr der stellvertretende Leiter der Abteilung 1, Regierungsrat von Werder, eine Durchsuchung im Reichstag angeordnet, da der dringende Verdacht eines Sprengstoffattentats vorlag. Hinweise auf ein Sprengstoffattentat sind aber nicht gefunden worden. In den Fraktionszimmern der kommunistischen Partei wurden zwei Beschleunigungsschriften sowie ein Buch, das sich mit Eisenbahnbau befaßt, beschlagnahmt. Der Polizeipräsident hat eine Untersuchung dieser Angelegenheit in die Wege geleitet.

Berlin, 13. September. Wie das Nachrichtenbüro des B.D.Z. in der Durchsuchung kommunistischer Arbeitsräume im Reichstag noch erfährt, hat der Direktor des Reichstages Galle gegen die Durchsuchung sofort bei dem anwesenden Kriminalbeamten Einspruch erhoben, da die Polizei ohne Genehmigung des Präsidenten, der auch im ausgelösten Reichstag allein das Sanktionsrecht besitzt, in das Reichstagsgebäude eingedrungen sei.

Kombinationsvorschläge in Stresa.

Das Wirtschaftskomitee der Konferenz von Stresa beschäftigte sich gestern vormittag mit einem deutschen und einem französischen Kombinationsvorschlag. Der deutsche Vorschlag ist insofern abgeändert, als er nach wie vor bilaterale Verträge von Präferenzen empfiehlt. Der zweite französische Vorschlag sieht vor, daß zwar alle Staaten eine Kontribution leisten, daß aber diese in dem Maße verringert werden, als Präferenzen gewährt werden. Auch in der gestrigen Sitzung erklärte der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Poos, daß für Deutschland eine Globalsumme der Einzahlung nicht in Frage käme, da Deutschland keinerlei Abnahmeverpflichtungen eingehen könne.

In schweren Zeiten zeigt sich's erst recht, wie wichtig Kaffee Hag für Herz und Nerven ist.

Auf Fragen teilte Präsident Göring noch mit, daß er dem Reichspräsidenten briefflich mitteilen werde, daß die Reichsregierung gestürzt sei. Es sei möglich, daß das Reichsgericht auch einem gestürzten Ministerium das Recht zur Gegenzeichnung eines Auflösungsdecrets zubillige, dann bleibe aber zum mindesten die bereits erfolgte Abstimmung bestehen.

„Jedenfalls ist es ein Streitobjekt, und ich habe die Delegation erhalten, daß Länderregierungen die Absicht haben, augenblicklich und unverzüglich beim Staatsgerichtshof eine Entscheidung und einstweilige Verfügung herbeizuführen.“

1. Beilage zum Grünberger Wochenblatt No. 215.

Dienstag, den 13. September 1932.

Reichskanzler von Papen über das Programm der Reichsregierung.

Reichskanzler von Papen sprach am Dienstag abend um 19.30 Uhr über das Programm der Reichsregierung. Er führte u. a. aus:

Ich spreche heute durch den Rundfunk zum deutschen Volk, weil der soeben aufgelöste Reichstag es nicht einmal für notwendig befunden hat, eine Erklärung der Reichsregierung über das von ihr verfolgte Programm entgegenzunehmen.

Der Reichskanzler gab eine Schilderung der Vorgänge im Reichstag und betonte, daß nach Artikel 33 der Verfassung der Präsident verpflichtet war, mir als Vertreter der Regierung das Wort zu erteilen. Mit dem Augenblick der Übergabe des Ausflugsabkommens, fuhr der Kanzler fort, war den Bestimmungen der Verfassung der Reichstag an. Die Abstimmungen, die der Reichstagspräsident dann stattfinden lassen, sind verfassungswidrig und damit ungültig. Aus diesem Vorgang wird das deutsche Volk sehen, daß es der Reichsregierung durch verfassungswidriges Verhalten des Reichstagspräsidenten unmöglich gemacht worden ist, vor dem Volk einen Rechenschaftsbericht über die vergangenen drei Monate zu geben und ihr Programm für die Zukunft mitzuteilen. Die kommunistische, aus Russland zugewanderte Abg. Frau Clara Zetkin ist von dem Reichstag mit Andacht in ihren Deklamationen angehört worden. Die Erklärung einer nationalen Regierung aber weigert sich die deutsche Volksvertretung auch nur anzuhören. Ich stelle dieses Verhalten des Reichstages vor dem deutschen Volke fest.

In dieser Stunde liegt mir daran, dem deutschen Volke mehr auf diesem Wege erneut Rechenschaft abzulegen über die bisherigen Handlungen der Regierung und das weitere Ziel, das sie im Interesse der Gefügung der Nation verfolgt. Der Kanzler fuhr fort: Die Reichsregierung, die ein unteilbares Ganzes bildet, ist seitens geschlossen, den Weg weiter zu gehen, den sie mit ihren bisherigen Handlungen beschritten hat: Den Weg einer neuen unabhängigen Staatsführung, zu der der Herr Reichspräsident sie berufen hat und zu deren Durchführung wir uns ohne Rügeln, aber auch ohne Überprüfung ans Werk gemacht haben. Die Tätigkeit der Regierung, über die ich jetzt dem deutschen Volke Rechenschaft zu legen habe, besteht in dem Abschluß einer alten und der Eröffnung einer neuen Epoche. Ich beginne mit denjenigen Aufgaben, deren Erledigung wir von unseren Vorgängern übernommen haben: Ihre erste und dringendste war die

Erledigung der Reparationsfrage.

Das System der Reparationen und seine letzte Verkörperung, der Young-Plan, ist tot und wird niemals wieder lebendig werden. Die Erkenntnis, daß die wirtschaftswidrigen Reparationszahlungen die Hauptursache der gegenwärtigen Weltkrise gewesen sind, hat sich endlich auch bei unseren Verhandlungspartnern durchgesetzt. Die Politik hat den unabänderlichen Wirtschaftsgegenstand Rechnung getragen und tragen müssen. Schon in Lausanne habe ich den Anspruch Deutschlands vor der ganzen Welt angemeldet, als Volk mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten in der Welt behandelt zu werden. Die Befreiung dieser Diskriminierungen steht seither auf der Tagesordnung der internationalen Politik und darf nicht wieder davon verschwinden. Die Herstellung der vollen Souveränität des Reiches, seiner Freiheit und Gleichberechtigung ist das grundfächliche Ziel unserer Außenpolitik. Das ist eine Sache der Ehre und Selbstachtung Deutschlands und zugleich die einzige mögliche Grundlage seiner Zusammenarbeit mit dem Auslande. Aus diesem Grunde haben wir jetzt die zweite Frage unserer Gleichberechtigung in Angriff genommen, die

Frage der Abrüstung.

Einzelne Parteien haben es gewagt, der Reichsregierung die Berechtigung abzusprechen, diese großen Lebensfragen der deutschen Nation vornmärts zu treiben, weil sie angeblich auf einer zu schmalen Basis stände. Diesen Leuten erwider ich: Jede deutsche Regierung, die diese Frage aufnimmt, steht auf einer sehr viel breiteren Basis als irgend eine Partei sie bieten kann. Sie steht auf der breitesten Grundlage, die überhaupt denkbar ist, nämlich auf der Zustimmung und der Unterstützung des gesamten deutschen Volkes.

Wir wollen die Abrüstung. Niemand würde es freudiger begrüßen als Deutschland, wenn alle Staaten ihre moralische und juristische Verpflichtung zur Abrüstung einlösen und ihre Rüstungen nach den Vorschriften und Maßstäben des Vertrages herabsetzen. Wir würden auch die weitest-

gehenden Abrüstungsvorschläge für Deutschland annehmen, vorausgesetzt, daß sie gleichmäßig für alle Staaten gelten. Aber es ist für uns unerträglich, weiterhin als ein Wolf zweiter Klasse behandelt zu werden und weiterhin schullos unter den waffenstarrenden Staaten des europäischen Fettlandes dazustehen. Jedes Lebewesen macht den Anspruch auf Sicherheit, die ihm sein Dasein gewährleistet. Diesen Anspruch erheben auch wir. Wir wollen den Frieden. Wir wollen keine kriegerischen Abenteuer. Aber wir lehnen ein Wettrennen ab. Niemand hat mit größeren Hoffnungen auf die Arbeiten der Abrüstungskonferenz gesehen als Deutschland. Das Ergebnis ihrer ersten fünf Monate hat uns grausam enttäuscht! Trotz Bölkow, Locarno und Kellogg-Abkommen versucht man, sich den Verpflichtungen zur Abrüstung zu entziehen. Wir können an den weiteren Arbeiten der Konferenz nicht teilnehmen, bevor die Frage der Gleichberechtigung nicht in unserem Sinne gelläuft ist. Wir wissen, daß wir in diesem Kampfe nicht allein stehen. Mit Genugtuung können wir feststellen, mit welchem Verständnis der Regierungschef eines uns befreundeten großen Volkes in aller Offenheitlichkeit unser Standpunkt behandelt hat. Die deutschen Mitteilungen an Frankreich sind den übrigen Mächten gleichzeitig zur Kenntnis gebracht worden. Das Kabinett hat sich naturgemäß mit der französischen Antwort noch nicht beschäftigen können. Dennoch glaube ich schon jetzt sagen zu müssen, daß der Inhalt der Note nicht geeignet ist, die Lösung dieses ernsten Problems zu fördern. Über die Schritte, die wir nun zur weiteren Behandlung dieser lebenswichtigen Frage zu tun gedenken, wird das Kabinett in den nächsten Tagen Beschluß fassen.

In diesen Tagen unternimmt Deutschland einen gigantischen Versuch, durch Mobilisierung seiner letzten inneren Reserven

Arbeit und soziale Befriedung zu schaffen.

Sie gibt uns ein Anrecht darauf, daß die führenden Staatsmänner der Großmächte nun auch ihrerseits den Entschluß fassen, der Vergiftung der außenpolitischen Beziehungen durch unhaltbare Verträge ein Ende zu setzen. Nur die endgültige Beseitigung der Reparationen durch das Lausanner Abkommen macht es uns möglich, den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft in Angriff zu nehmen. Das große Ziel, das die Reichsregierung sich beim Herumwerken des Steuers der Wirtschaft gesteckt hat, und das sie ihrer festen Überzeugung nach erreichen wird, ist die entscheidende Verminderung der Arbeitslosigkeit. Noch liegt die furchtbare Krise, die die Wirtschaftsgeschichte der Menschheit kennt, über der Welt und über Deutschland. Aber schon machen sich allenthalben erfreuliche Zeichen einer langfahlen Befreiung zum mindesten eines bevorstehenden Stillstandes der Krise bemerkbar. Diesen Augenblick hat die Reichsregierung für den rechten gehalten, um mit dem Ihnen ja bekannten Wirtschaftsprogramm den Angriff zu beginnen.

Es ist wichtigste Voraussetzung jeder nationalen Politik, die

Selbstständigkeit

der deutschen Nahrungsmittelversorgung

sicherzustellen. Wir müssen also die Verlustquellen bei der Landwirtschaft beseitigen. Das bedeutet: Hebung der Kaufkraft der Konsumenten für landwirtschaftliche Produkte, Dernahaltung der vom Weltmarkt ausgehenden Störungsmomente, Kontingentierung bestimmter Einfuhrartikel und Minderung der Lasten durch Zins- und Steuerentlastung. Alle Maßnahmen der Reichsregierung zur Verlustbelebung der Wirtschaft dienen, wie ich schon sagte, nur dem einen großen Ziel: Dem Sieg über die Arbeitslosigkeit! Selbstverständlich bekennt sich die Reichsregierung zu der christlich-sittlichen Pflicht des Staates gegenüber den schutzbedürftigen, insbesondere den franken, verletzten invaliden Arbeitnehmern. Hier findet die Freiheit der Wirtschaft ihre Grenze im Gebot sozialer Gerechtigkeit. „Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft soll gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben.“ Nach dieser Richtschnur wird die Reichsregierung handeln. Man hat ihr soziales Programm mit schärfsten Worten als „reactionär“ und „unsozial“ abgelehnt. Wir lassen uns von niemand im deutschen Volke an sozialer Gesinnung übertragen. Unsozial ist, wer unerfüllbare Wünsche vergeblich zu erfüllen trachtet und dadurch Arbeitsmöglichkeiten zerstört. Sozial aber handelt, wer durch den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit dafür sorgt, daß das soziale Gut dem Volke dauernd erhalten bleibt.

Nur wenn es möglich sein wird, die Zahl der Arbeitslosen im kommenden Winter entscheidend zu verringern, werden wir die Unterstützungen für die Arbeitslosen, die auch wir gegenwärtig für zu niedrig erachten, erhöhen können. Das Gleiche gilt für die Erhöhung der Renten. Niemand in der Reichsregierung denkt daran, die wohlerworbenen Rechte des öffentlich-rechtlichen Versicherungsschutzes zu beseitigen, den Arbeiterschutz aufzuheben oder die begrifflichen Merkmale des Tarifvertrages zu zerstören. Das Mithraten, das in dieser Hinsicht der Ermächtigungsverordnung entgegengebracht wird, ist grundsätzlich.

Ich möchte hier eine sehr ernste Maßnahme aussprechen. Alle Maßnahmen, die in den Verordnungen vom 4. und 5. September niedergelegt sind, gelten für die Übergangszeit von 12 Monaten. In dieser Zeit entscheidet sich die Zukunft unserer Wirtschaft und damit unseres Staates. Nach genauerer Beobachtung der Entwicklung der Weltwirtschaft sind wir an der Entscheidung gekommen, daß jetzt der richtige Zeitpunkt da ist, um die Privatininitiative wieder zu wecken und ihr die Gelegenheit zu geben, ihre gewaltigen realen und moralischen Kräfte zu entfalten. Die Reichsregierung erwartet von den Unternehmern, daß sie die ihnen anvertrauten Mittel gewissenhaft zum Wohle des ganzen Volkes verwalten. Sie wird mit eiserner Strenge gegen Elemente vorgehen, die sich als Parasiten der Wirtschaft auf Kosten der Arbeitnehmer bereichern wollen. Mischnung der Plan der Reichsregierung, dann ist das freie Unternehmertum verloren. Dann werden jene Kräfte die Oberhand gewinnen, welche den Gesamtbereich der Wirtschaft der staatlichen Regelung unterwerfen wollen. Wehe



Die Reichsregierung hat — wie bereits mitgeteilt — Legationsrat Dr. Freiherrn von Persner zu ihrem Vertrauensmann bei der Bayerischen Regierung in München ernannt. Seine Aufgabe ist es, zu bestimmten Seiten und für bestimmte Aufträge der Reichsregierung in München zur Verfügung zu stehen.

Freiherr von Persner gehörte seinerzeit der deutschen Friedensdelegation in Versailles an und war dann mehrere Jahre als Angehöriger der Deutschen Volkspartei Mitglied des Reichstages.

Berlin, 12. September. In den Presseerörterungen über die Aufgaben des Freiherrn von Persner, der als Vertrauensmann der Reichsregierung bei den süddeutschen Staaten berufen worden ist, sind verschiedenartige Unklarheiten enthalten. Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, handelt es sich nicht um die Schaffung einer neuen Vertretung der Reichsregierung in Bayern. Freiherr von Persner ist lediglich zum Vertrauensmann der Reichsregierung berufen worden und nicht nur für Bayern allein, sondern für alle süddeutschen Staaten. Für diesen Auftrag ist weder in München, noch in Berlin ein besonderes Büro geschaffen worden, sondern Freiherr von Persner, der als Beamter z. D. selbstverständlich jederzeit von der Regierung wieder verwendet werden kann, wird seine Tätigkeit von Fall zu Fall im Rahmen der ihm erteilten Sondermission ausüben.



Die Erste zwingt zur Zweiten und führt zur Kette!

Das spricht für die hohe Qualität unserer

JUNO

und darf auch als Beweis für Ihre Bekömmlichkeit gelten.

Gerade weil Juno auf Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine oder Stickereien verzichtet, vermag diese gute Josetti-Marke alle wichtigen Forderungen der Raucher zu erfüllen:

Erlesene Tabake
Beste Mischung — Volles Format



dem Unternehmertum, wenn es nur an eigenen Augen denkt und nicht an das große Ganze, wenn es jetzt nicht seine Stunde erkennt und die große Chance begreift, die ihm die Reichsregierung bietet, wenn es nicht wagt, sondern zurückhaltend abwartet.

Neben dem Neuaufbau der Wirtschaft wird die Hauptaufgabe der Reichsregierung der

Umbau unseres staatlichen Lebens

sein. Die Reichsregierung ist der Ansicht, daß das System der formalen Demokratie im Urteil der Geschichte und in den Augen der deutschen Nation abgewirtschaftet hat und daß es nicht mehr an neuem Leben erweckt werden kann. Aus der heutigen Bereitung unseres Staatslebens herauß und in gelinde artkunstvolle Verhältnisse kann uns allein die Herstellung einer wahrhaft unparteiischen nationalen Staatsführung bringen, einer Staatsführung, die sich über allen Parteien als unantastbaren Hori der Gerechtigkeit erhebt, die gestützt ist auf die Macht und die Autorität des vom Volke gewählten Reichspräsidenten.

Wenn die Herren von der NSDAP, hente die schon etwas verstaubten Requisiten des sozialistischen Klassenkampfes vergangener Jahre glauben hervorholen zu müssen, wenn sie glauben, daß sie mit einem Kampf gegen die „feinen Leute“, gegen die sogenannten „Barone“, gegen die „Herrenschicht“ neue Wahlerfolge erzielen werden, fürchte ich, daß sie eine bittere Enttäuschung erleben werden, denn in dieser Kampfmethoden ist ihnen der Marxismus aller Schätzungen weit überlegen. Aber sie werden dabei — und das ist das wesentliche — ihr Ziel verfehlten und zerstören, ihr Ziel, die Nation um der Nation willen auf einer nationalen Basis zu einem.

Rachdem der Kanzler auf die

Notwendigkeit einer starken Staatsgewalt

zum Schutz des kulturellen Lebens hingewiesen und betont hatte, daß die ewigen Wahrheiten des christlichen Glaubens die Grundlagen zur Erziehung der Nation sein müssen, fuhr er fort:

Die grundsätzliche Beseitigung der Schäden, die aus der Staatsführung der letzten 18 Jahre entstanden sind, kann folgerichtig nur in einer

Reform der Verfassung

gefunden werden. Wir werden diese Frage nicht übereilen und nur in Übereinstimmung mit den Ländern der Lösung ausführen. Das Wahlrecht bedarf eines Umbaus. Die Herauslösung des Wahlalters wird Schule und Universität in weitem Maße von politischer Radikalisierung befreien, der sie heute zum Opfer fallen drohen. Es wird geprüft werden, ob und wie der Aufbau der Volksvertretung in Zukunft organisch mit den Selbstverwaltungskörpern verbunden werden kann.

Die Frage Reich-Preußen

wird im Rahmen der Verfassungs- und Reichsreform gelöst werden. Wir werden den geschichtlich gewordenen preußischen Staat nicht zerstören. Notwendig ist aber eine organische Verbindung der Preußischen Regierung mit der des Reiches. Auf diesem Gebiete liegt die Möglichkeit einer durchgreifenden Verwaltungsreform und Verwaltungsverbilligung, die die Stunde von uns verlangt. Die Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen wird die Eigenstaatlichkeit der anderen deutschen Länder nicht anstreiten. Wiederholte habe ich erklärt, daß die Reichsregierung in der Erhaltung der geschichtlichen Struktur unseres Volkes ein wesentliches Unterfang für eine neue bessere Zukunft erblickt. Ich bin überzeugt davon, daß eine Reichsreform möglich ist, die sowohl dem geschichtlichen Recht der Länder wie dem Gefamwohl des deutschen Volkes entspricht. Ich hatte die Absicht, von der Tribüne des dem deutschen Volke gewidmeten Hauses in dieser entscheidungsvollen Stunde die erwählten Vertreter des Landes aufzufordern, dem Lande dadurch zu dienen, daß sie der Reichsregierung die Durchführung ihres Programms ermöglichen. Die Volksvertretung hat mich daran gehindert; sie hat es nicht gewollt. Darum rufe ich dem Lande in dieser Stunde an: Mit Hindenburg und für Deutschland!

Die tödlich abgeschürzten Europaflieger.



Links der polnische Flieger Zwirko, der erst vor 14 Tagen den Europarundflug gewann, rechts sein Monteur Wigura, der Kontrukteur der erfolgreichen Maschine. Beide Flieger stürzten — wie bereits gemeldet — auf einem Flug von Warschau nach Prag in der Nähe von Tschechien in der Tschechoslowakei ab und wurden auf der Stelle getötet.

Berlin, 12. September. Reichsverkehrsminister Freiherr Els von Rübenach hat anlässlich des tödlichen Absturzes der beiden Sieger im Europarundflug, Zwirko und Wigura, dem polnischen Geschäftsträger in herzlichen Worten sein Beileid ausgesprochen.

Die „fliegende Familie“ verschollen.



Der amerikanische Oberst Hutchinson mit seiner Frau und seinen beiden Kindern vor dem Flugzeug, mit dem sie zu ihrem vielgepriesenen Familienflug über den Ozean gestartet sind. Das Flugzeug hat jetzt — wie bereits berichtet — auf der Etappe Grönland—Island auf offener See niedergehen müssen und gilt, nachdem es eine Zeitlang SOS-Rufe gesetzt hat, als verschollen. Alle bisherigen Nachforschungen nach dem Flugzeug und seinen Insassen sind ergebnislos geblieben.

Die Bundesführer des Stahlhelms.

Franz Selbte und Duesterberg, haben folgenden Befehl an die Kameraden des Stahlhelms erlassen:

„Kameraden! Trots ungeheurer wirtschaftlicher Not, von der gerade die in unseren Reihen stehenden Frontsoldaten und jungen Freiheitskämpfer betroffen werden, ist der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, am 4. September in bisher unerreichter Stärke aufmarschiert. Die Opferbereitschaft und die bis in die finstere Nacht hinein vorbildliche Haltung, der fast 200 000 Kameraden haben die Kraft und den Geist unseres Bundes von neuem erwiesen. Der 18. RFTS des Stahlhelms hat der Welt vor Augen geführt, daß der Stahlhelm mächtig und in sich geschlossen marschiert. Er hat gezeigt, daß der Stahlhelm berufen und befähigt ist, den Geist der Befreiung zu überwinden und die aus dem Frontfeind geborene Gemeinschaft der deutschen Nation zu schmieden.“

Der Erfolg des 18. RFTS in Berlin bedeutet für uns aber gleichzeitig eine neue ehrere Verpflichtung. Von dem Bünden Willen und der unbedingten Geschlossenheit unseres Bundes wird es abhängen, ob die langersehnte innere Wiederaufbau unseres Vaterlandes, die jetzt eingesetzt hat, wirklich zur inneren und äußeren Befreiung des Reiches führt.

Der hervorragende Eindruck, den der Stahlhelm beim 18. RFTS überall gemacht hat, gibt uns die volle Gewissheit, daß dies seit nahezu 14 Jahren umkämpfte Ziel erreicht werden wird. Vormärts, Kameraden! Vor uns leuchtet die aufgehende Sonne der Freiheit!“

Einberufung des Danziger Volksstages.

Danzig, 12. September. Die Nationalsozialisten haben die Regierungsparteien wissen lassen, daß sie unbedingt auf ihrem Verlangen nach Auflösung des Volksstages und Neuwahlen bestehen, woraufhin der Volksstagspräsident den Volksstag zum kommenden Donnerstag einberufen hat. Auf der Tagesordnung stehen u. a. 17 Anträge der Linksparteien.

Die Danziger Regierung richtete an Polen eine Note, in der gegen das Fortbestehen der polnischen Sperrmaßnahmen gegen Waren des Danziger Veredelungsverkehrs protestiert wird.

Der Tag der politischen Sensationen im Spiegel der Presse.

In den Berliner Morgenblättern, deren Hauptthema naturgemäß die gefürgten Vorgänge im Reichstag, die Abstimmung und die Auflösung, sowie die Erklärung des Kanzlers im Rundfunk ist, wird vor allem zu der politischen Auswirkung der Reichstagsauflösung Stellung genommen.

Die „Germania“ spricht von dem merkwürdigen Abschluß eines Konfliktes, der nicht so sehr durch seinen ohnehin mit größter Wahrscheinlichkeit zu erwartenden Ausgang, als durch die besonderen Verwicklungen der letzten Stunde bemerkenswert sei. Zur Kanälererklärung schreibt das Blatt, manches, was der Reichskanzler ausführte, darf gewiß auf weitgehende Billigung rechnen. Aber wenn man hier und da seine Zustimmung äußern kann, so ist man gegenüber anderen Zielen zu umso stärkerer Ablehnung verpflichtet. Wir finden, daß noch niemals eine politische Dogma starrer festgehalten und durchgeführt wurde, als die, um deretwillen die Reichsregierung jetzt das deutsche Volk in neue und verbängnisvolle innere Kämpfe gestürzt hat.

Die „Volksliche Zeitung“, die dem Reichstagspräsidenten Göring und Bormann macht, der Lage nicht gewachsen gewesen zu sein und die „guten Nerven und rache Entschlusskraft“ der Reichsregierung anerkannt, meint, daß die Erklärung des Kanzlers in ganz Deutschland mit einer Begeisterung gehabt worden sei, die den dramatischen Effekt nur gesteigert habe. Das Werk der Regierung sei kein Ergebnis des alten autoritären Staatsgeistes, sondern die Frucht der voraufgegangenen entzündungsvollen Jahre, die es ermöglichen, jetzt das Steuer herumzuwerfen und ohne Gefährdung der Währung der Schrumpfung der Wirtschaft entgegenzuwirken.

Das „Berliner Tageblatt“ spricht von einem gut geplanten Theatrum von dem sich die Nationalsozialisten offenbar eine hertragende Propagandawirkung versprechen. Die Nationalsozialisten könnten gewiß nicht für sich in Anspruch nehmen, daß sie die Sieger des gestrigen Tages seien. Sie spielen nur, wieder einmal, ein bisschen Theater und verleihen die Verfassung, als deren Hinter sie sich neuerdings so gern aufzuspielen. Aber auch die Regierung habe nicht gerade staatsmännisch glänzt.

Der „Vorwärts“ bringt einen ganzseitigen Aufruf der SPD, in dem zum Kampf gegen Hitler und Papen aufgerufen wird. Das Blatt ist der Auffassung, daß Nationalsozialisten und Zentrum die volle Verantwortung dafür trügen, daß ein rechtsgültiger Beschluß zur Aufhebung der Notverordnung nicht zustande gekommen sei, da der Kanzler in der halbstündigen Pause die Auflösungsorder beschaffen konnte. Die Programmrede des Kanzlers sei eine außerordentlich scharfe Kampsansage an einen großen Teil des Volkes.

Der „Börsen-Curier“ stellt die Schuld des Reichstages fest, daß der alte Parteigegner, der seit langem seine ursprünglich so große Macht zerstört habe, stärker gewesen sei, als die unbedrängte Pflicht, dem Leiter der Regierung Gelegenheit zu geben, ihre wirtschaftspolitischen und vor allem ihre außenpolitischen Pläne vor dem deutschen Volke und vor der Welt bekannt zu geben. Nicht einmal die Notwendigkeit, sich einmütig hinter den Kampf der Regierung um die Gleichberechtigung Deutschlands zu stellen, hat der kleinliche Parteidiskussions erfaßt. Die Anklage, die der Kanzler in seiner Rundfunkrede erhoben habe, werde auf weite Kreise des deutschen Volkes, die des finstinen und traurigen Parteidoders gründlich müde geworden sind, ihren Eindruck nicht verfehlten.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bezeichnet ebenso wie die meisten anderen Blätter die Auffassung des Reichstagspräsidenten als irrig, daß das Auflösungsdekret nicht rechtsgültig sei. Das Blatt meint, daß kein Vorfall in der Reichstagsaussicht für den nationalen Menschen so erregend geweien sei, wie der demonstrative Auszug der Deutschen Nationalen aus dem Sitzungssaal und der Chor des Hafes, der ihn bei der Nationalsozialistischen Partei begleitete. Wenn der Bruderkampf an dem Bunde angelangt sei, den auch der Reichskanzler in seiner Rede mit starken und eindrucksvollen Worten bezeichnete, dann müsse es desto schlimmer um uns bestellt sein, als doch das Ziel gemeinsamer Neuordnung des Staates auf lange Jahre hinaus greifbar vor unseren Augen gestanden habe. Was der Reichskanzler in seiner Rede als Pläne und Ziele der Regierung ankündigte, werde in den breiten Schichten des Volkes überwiegend Bestall finden.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ nennt die Sitzung des gesetzlichen Schauspiel eines Parlaments in der Agone und fragt, was wollen die Nationalsozialisten gegen ein zu großes Ziel ihnen bei gewordenes Regierungskonzept.

einwenden, daß all die von ihnen vorgegebenen Grundsätze zu Wirkung und Ehren bringt?

Der „Tag“ warnt davor, die Krise, die durch die Handlung des Reichstages ausgebrochen sei, zu unterschätzen. Man solle sie aber auch nicht überschätzen. Das, was am 20. Juli vor der Staatsautorität abtreten mußte, die Führerschaft des 9. November 1918, sei im Grunde noch viel stärker gewesen als der Parlamentarismus, der in den Herzen deutscher Menschen schon lange nicht mehr verwurzelt sei. In dieser Stunde gebe es eine Berrannheit parlamentarischer Parteien, die bis zu einer Einheitsfront der Nationalsozialisten mit dem Zentrum, den Demokraten, den Sozialdemokraten gegangen sei, nur einen Appell an den deutschen Menschen: Ein Deutschland!

Die „Deutsche Zeitung“ nennt die Weigerung des Reichstagspräsidenten, die Auflösungsorder anzuerkennen, einen revolutionären Akt. Der Weg der Regierung aus dem alles zerstörenden Parlamentarismus heraus müsse entschlossen bis zum Ende verfolgt werden.

Die „Bundeszeitung“ empfindet es als tragisches Moment, daß „der Aufmarsch zum neuen Wahlkampf sich im Zeichen eines Duells vollziehe, das gestern zwischen zwei Deutschen stattgefunden habe, die beide dem nationalen Lager angehören. Auf der einen Seite der Nationalsozialist Göring, ein glühender Nationalist ist, auf der anderen Seite Herr von Papen, dessen Patriotismus über allem Zweifel steht. Es sei ein Jammer, daß über die nationale Bewegung Deutschlands nach einem so glänzenden Aufstieg das schwere Unglück hereinbrechen müsse, das der gestrige Vorgang im Reichstags mit seinen Folgen ohne Zweifel gewesen sei.“

Auch die Provinzpresse nimmt eingehend Stellung zu den Vorgängen im Reichstag und zur Auflösung des Parlaments.

Die „Kölnerische Zeitung“ vertritt das Recht der Regierung, einem Misstrauensvotum durch die Auflösung zuvorzukommen. Das Blatt sagt, Zentrum und Nationalsozialisten hätten die Aussprache im Reichstag gefehlt, weil sie den programmativen Erklärungen des Kanzlers nicht Gleichwertiges entgegen setzen hatten. Die Arbeitsunfähigkeit des Reichstages sei indestreitbare Tatsache gewesen, wodurch die Auflösung nicht nur staatsrechtlich, sondern auch politisch gerechtfertigt sei.

Die „Kölnerische Volkszeitung“ schreibt, die Regierung habe formell gezeigt, durch ihr Umgehen sei jedoch das politische und nationale Gefüge des deutschen Volkes in einer Weise erschüttert, die ihr auch die Verwirrunglichkeit der besten Absichten unmöglich mache. Der Kampfplatz sei nunmehr ins deutsche Volk verlegt. Einige Experimente könnten und müßten Stürme entfachen, die kein Patriot wünschen dürfe.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ befähigt die Reichsregierung der Auflösungsverordnung und fordert, daß die Reichsregierung ihr Programm mit äußerster Energie in die Tat umsetzen müsse.

Alte Köpfe werden abgeschnitten.

Die kommissarische Staatsregierung veröffentlicht einen Beschluß über die Aufhebung veralteter Polizei- und Strafgesetze in Preußen. Danach werden u. a. aufgehoben: das Gesetz die Bestrafung der Trunkfahrt betreffend vom 27. Juni 1888 der Hannoverschen Gesetzes-Sammlung. Aus der gleichen Gesetzes-Sammlung werden aufgehoben die Verordnungen und Gesetze über das Halten von Zuchthengsten durch Privatpersonen, Wirkbräuche bei Hochzeiten, Aufbewahrung der Reichs-Zündzeuge, Legitimation der Reisenden auf Eisenbahnen und die Bekanntmachung über die allgemeine Einführung festen Haussnummern.

Die kreisärztlichen Prüfungen in Preußen 1931.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einer statistischen Übersicht in dem vom Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt herausgegebenen Amtsblatt „Volkswohlfahrt“ entnimmt, haben im Jahre 1931 die kreisärztlichen Prüfungen in Preußen 41 Prüflinge bestanden, darunter 6 mit „sehr gut“, 30 mit „gut“ und 5 mit „genügend“.

Der neue Bischof von Meißen. Wie die Apostolische Nuntiatur mitteilt, hat der Papst den Propst von Magdeburg, Peter Legge, zum Bischof von Meißen in Sachsen ernannt.

2. Beilage zum Grünberger Wochenblatt No. 215.

Dienstag, den 13. September 1932.

Die Bürgersteuer

eine Durchführungsverordnung.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. September 1932 ist nunmehr am 9. September 1932 die Verordnung zur Durchführung der Bürgersteuer 1932 erlassen worden.

Die Bürgersteuer 1932 wird von den Gemeinden, die die Bürgersteuer für das Rechnungsjahr 1931 (Bürgersteuer 1931) erhoben haben, in der sich aus § 3 ergebenden Höhe im letzten Quartal des Kalenderjahrs 1932 erhoben, wobei bis zum 30. September 1932 die Erhebung dieser Steuer von der Gemeinde rechtswirksam beschlossen ist, oder wenn bis zum 20. September 1932 auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. September 1932, vierter Teil, Kapitel 1, Artikel 2, erster Abschnitt, Absatz 2 Satz 1 eine Bestimmung der Landesregierung verkündet ist, nach der die Bürgersteuer 1932 von allen Gemeinden des Landes, die die Bürgersteuer 1931 erhoben haben, erhoben wird.

Der Gesamtbetrag der Bürgersteuer 1932 ist aus dem Gesamtbetrag der Bürgersteuer 1931 nach Maßgabe der Nr. 1 bis 4 zu berechnen:

1. Der Zuschlag von 50 Prozent, der bisher bei Verheiraten für die Ehefrau erhoben wurde, bleibt außer Ansatz.

2. Von dem Betrage der Bürgersteuer 1931 (ohne Ehefrauenzuschlag, Nr. 1) ist für die Bürgersteuer 1932 die Hälfte anzusehen, da für die Bürgersteuer 1932, die in den drei Monaten Oktober bis Dezember 1932 erhoben wird, nur die Hälfte des Steuersatzes gilt, mit dem die Bürgersteuer 1931 in den sechs Monaten Januar bis Juni 1932 erhoben worden ist.

3. Der sich aus Nr. 1, 2 ergebende Steuerbetrag wird um 25 Prozent gesenkt, d. h. nur in Höhe von $\frac{1}{4}$ erhoben.

4. Aus Nr. 1 bis 3 ergibt sich, daß die Bürgersteuer 1932 insgesamt in Höhe von $\frac{1}{2}$ des für das Rechnungsjahr 1931 ohne Ehefrauenzuschlag angeforderten Steuerbeitrages erhoben wird. In einem Falle z. B. in dem die Bürgersteuer 1931 bei einem Steuersatz von 800 Prozent 6 Mark mal $\frac{1}{2}$ gleich 18 Mark für einen Ledigen und 27 Mark für einen Verheiraten betrug, beläuft sich somit die Bürgersteuer 1932 auf $\frac{1}{2}$ von 18 gleich 6,75 Mark, und zwar in gleicher Weise für einen Verheiraten wie für einen Ledigen.

Abweichend von § 18 Absatz 1 der Durchführungsverordnung vom 1. Oktober 1931 (§ 4) wird die Bürgersteuer 1932 in gleichen Teilen fällig.

1. soweit sie durch Einhalten eines Vohntells erhoben wird, ohne Rücksicht auf ihre Höhe bei Arbeitnehmern, deren Arbeitslohn gezahlt wird für die Beträume

a) von mehr als einer Woche: in drei Teilbeträgen, und zwar am 10. der Monate Oktober, November und Dezember 1932. Der einzelne Teilbetrag (Monatsrate) beläuft sich hierauf in dem in § 3 Nr. 4 angeführten Beispiel auf 2,25 Mark, während er in den Monaten Januar bis Juni 1932 bei einem Ledigen 3 Mark und bei einem Verheiraten 4,50 Mark betrug;

b) von nicht mehr als einer Woche: in 6 Teilbeträgen, und zwar am 10. und 24. der Monate Oktober und November 1932 sowie am 10. und 28. Dezember 1932. Der einzelne Teilbetrag beläuft sich hierauf in dem in § 3 Nr. 4 angeführten Beispiel auf 1,12 Mark, während er in den Monaten Januar bis Juni 1932 für einen Ledigen 1,50 Mark und bei einem Verheiraten 2,25 Mark betrug;

2. soweit sie mit ihrem Gesamtbetrag auf Grund eines besonderen Bescheids erhoben wird, wenn ihre Höhe im Rechnungsjahr 1931 im Verhältnis zu den rechtsrechtlichen Mindestsätzen betrug,

a) nicht mehr als 200 Prozent: mit ihrem Gesamtbetrag am 10. November 1932;

b) mehr als 200 Prozent: am 10. Oktober und 10. November 1932.

Die Gemeinden können die Bürgersteuer in diesen Fällen in anderer Weise als durch Steuerbescheid anfordern:

3. soweit sie auf Grund eines zusätzlichen Steuerbescheides erhoben wird: am 10. November 1932;

4. in den übrigen Fällen: wie in den Fällen der Nr. 2.

Abweichend von § 15 der Durchführungsverordnung vom 1. Oktober 1931 (§ 4) hat der Arbeitgeber die Höhe der einzuhalbenden Teilbeträge (§ 6 Absatz 1 Nr. 1) selbst zu berechnen.

Abweichend von § 15 Absatz 4 Satz 1 der Durchführungsverordnung vom 1. Oktober 1931 (§ 4) hat der Arbeitgeber die einzuhalbenden Bürgersteuerbeträge binnen folgender Fristen an die in den Steuerkarten bezeichneten Gemeindekassen abzuführen:

1. soweit die Bürgersteuer von der Gemeinde angefordert ist, in der die den Lohn zahlende Betriebsstätte liegt: für Lohnzahlungen in der Zeit vom 1. bis zum 15. eines Kalendermonats: bis zum 20. dieses Kalendermonats; für Lohnzahlungen in der Zeit vom 16. bis zum Schluss eines Kalendermonats: bis zum 5. des folgenden Kalendermonats. Beträgt jedoch die bis zum 20. eines Kalendermonats abzuführende Summe weniger als 200 Mark, so findet Nr. 2 entsprechende Anwendung;

2. soweit die Bürgersteuer von anderen Gemeinden angefordert ist: für Lohnzahlungen innerhalb eines Kalendermonats: bis zum 5. des folgenden Kalendermonats.

35. Bundestag des Niederschl. Stenographenbundes

"Stolze-Schreiber".

Der Niederschlesische Stenographenbund "Stolze-Schreiber" hielt in Lauban seine 35. Jahrestagung ab. Unter zahlreicher Beteiligung fanden Wettbewerbe im Korrekt- und Schnellschreiben, sowie Wettkämpfen statt. Die Haupttagung war aus allen Teilen Niederschlesiens und der Oberlausitz überaus zahlreich besucht. Von 22 Vereinen waren 17 vertreten.

Nach Ehrung verdienter Mitglieder erstattete der Bundesvorsitzende, Kaufmann Drendel (Grünberg), den Jahresbericht. Aus diesem ging hervor, daß die Vereine unter der wirtschaftlichen Notzeit zu leiden hatten, wodurch auch die Unterrichtstätigkeit nachteilig beeinflußt wurde. Der Bund zählt über 1000 Mitglieder. Der Vertreter des Verbandsvorstandes, Handelsfachlehrer E. Topp (Berlin-Spandau), überbrachte die Grüße des Verbandsvorstandes und hielt dann einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: "Die Kurschrift im Wandel der Zeit." Er betonte, daß das Ziel der stenographischen Entwicklung die Schaffung einer wirklichen Volkskunst sei und daß die Reichskurschrift diesen Anforderungen nicht genüge. Deshalb halte die Schule Stolze-Schreiber an ihrem bewährten System fest und fordere von der Regierung die Systemfreiheit. Der Kassenbericht ergab ein befriedigendes Bild. Der bisherige Bundesvorstand und die Verbandsvertreter wurden wiedergewählt. Eine Ermäßigung der Bundesbeiträge sowie der Gebühren für die Korrektorschreiben wurde vorgenommen und beschlossen, von den erwerbslosen Mitgliedern nur die Verbandsbeiträge zu erheben. Besonders hingewiesen wurde auf die Ende September und Anfang Oktober stattfindende Werbeweche für "Stolze-Schreiber". Nach einem gemeinsamen Essen und Besichtigung der Stadt Lauban erfolgte am Abend die Preisverteilung. Beim Wettkämpfen wurden rund 200 Arbeiten abgegeben. Bundesmeisterin wurde Fr. Hildegard Reh (Görlitz) mit 840 Silben in der Minute. Im Wettkämpfen wurde eine Höchstleistung von 600 Silben von Fr. Ambrosius (Grünberg) erreicht.

Von den weiteren Grünberger Teilnehmern wurden in den Wettbewerben folgende preiswerte Leistungen erzielt: Schnellschreiben: 200 Silben 1. Preis: Gertrud Ambrosius, Erwin Maak; 200 Silben 1. Preis: Hedwig Malinowski, Grete Neumann, Dora Pohl, 2. Preis: Gertrud Müller; 180 Silben 2. Preis: Maria Hentschel, 3. Preis: Elisabeth Riebel; 160 Silben 1. Preis: Karl Deider, 2. Preis: Dorothea Hoffmann, 1. Preis: Gerhard Michalski; 140 Silben 1. Preis: Walter Clemenz; 120 Silben 2. Preis: Hedwig Deider, Walter Merschel; 100 Silben 2. Preis: Gerhard Horn. Wettkämpfen: 1. Preis: 497 Silb. Gertrud Müller, 480 Silb. Erwin Maak; 2. Preis: 393 Silb. Karl Deider, 378 Silb. Grete Neumann; 3. Preis: 307 Silb. Elisabeth Riebel, 308 Silb. Walter Clemenz. Diktat-Richtigschreiben: 1. Preis: Karl Deider, Erwin Maak; 2. Preis: Richard Schulz.

Für besondere Verdienste um die Kurschrift und die Vereinsarbeit wurden anlässlich der Tagung folgende Mitglieder des Vereins Grünberg ausgezeichnet: Richard Schulz mit der Kreisler-Denkmalzeichen; Walter Clemenz und Hubert Vorwerk mit dem silbernen Verdienstabzeichen.

Mondfinsternis am 14. September.

Im vorigen Jahre konnten wir zwei totale Mondfinsternisse in Deutschland beobachten. Im Jahre 1933 wird der Mond nicht verfinstert. Hoffen wir, daß wir bei schönem Wetter am Mittwoch, dem 14. September, die fast totale Mondfinsternis gut wahrnehmen können.

Um diesen Tage tritt der Mond um 19,05 Uhr nach mittteleuropäischer Zeit in den Halbschatten der Erde und verläßt ihn erst um 0,56 Uhr am 15. September. Solange sich der Mond im Halbschatten befindet, ist nichts Besonderes zu sehen, sondern erst dann, wenn ihn die Erde mit ihrem Kernschatten umhüllt. Der Eintritt in den Kernschatten erfolgt um 20,18 Uhr und der Austritt um rund 23,48 Uhr. Die Beobachtungszeiten sind alle sehr günstig. Die Größe der Verfinsternis beträgt in Einheiten des Monddurchmessers 0,982, ist also fast total. Vergleichen wir den Mond mit einer Uhr, so berührt der Kernschatten den Mond an einer Stelle (um 20,18 Uhr), die dort zu suchen ist, wo man auf einer Uhr die Zahl 9 findet; der Austritt findet etwa bei der Uhrzahl 5 statt. Den Anfang der Verfinsternis sieht man in Europa, Afrika, im östlichen Teile des Atlantischen Ozeans, im Indischen Ozean, in Asien und Australien. Das Ende ist sichtbar im nordöstlichen Teile von Nordamerika, in Südamerika, im Atlantischen Ozean, in Europa, in Afrika, im westlichen Asien und im Indischen Ozean. Bei Beginn der Finsternis sehen wir auf der linken Seite des Mondes zunächst eine leichte Verschleierung; er gerät in den Halbschatten des Mondes. Wenn ihn der Kernschatten bedeckt, treten allmählich die verschiedensten Farbtonungen auf, grau bis braun, rot und violet. In der Hauptphase haben wir eine seltsame, luftrrote Scheibe vor uns; jedoch verschwindet der Mond hierbei nie vollständig, weil er von der erleuchteten Erde erhellt wird.

Strassen-Verkehrsunfälle in deutschen Großstädten.

Bemerkenswerte Abnahme.

Insgesamt wurden in den 85 deutschen Mittel- und Großstädten, auf die sich die Untersuchung erstreckte, im Jahre 1931 114.710 Straßenverkehrsunfälle festgestellt. Das bedeutet gegenüber 1930 eine Abnahme um 14.906 oder rund 11 %. Gliedert man die 85 Berichtsstädte nach der Einwohnerzahl in vier Gruppen, so ergibt sich bemerkenswerte Weise, daß die Gruppen der Großstädte, also der Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern, eine kräftigere Abnahme ihrer Verkehrsunfallzahlen aufzuweisen haben als die Mittelstädte.

Laßt die deutsche Jugend im Ausland nicht verloren gehen!

Spende für die Schulen im Ausland!

Locale Nachrichten.

Grünberg, 18. September 1932

* Der Landesverband Schlesien des heimatreinen Ost- und Westpreußen hielt am Sonntag im Schweizerhaus in Bünzlau seinen Verbandsitag ab, der aus ganz Schlesien stark besucht war. Nach den geschäftlichen Verhandlungen, in denen der Jahres- und Kassenbericht angenommen wurden, fand ein großer öffentlicher Festakt mit Vorträgen und Theateraufführungen statt. Studienrat Dr. Büttner hielt eine längere Ansprache. Er betonte die enge Verbundenheit zwischen Ost- und Westpreußen seit Jahrhunderten und gab dem Wunsche Ausdruck, in der Freiheit für die abgetrennten Gebiete nicht nachzulassen. Landesverbandsvorsitzender Dr. Bosin-Breslau erläuterte Ziel und Zweck des Verbandes Heimatreinen Ost- und Westpreußen und feierte die beiden Provinzen als Völkern gegen die slawische Flut. 2. Bürgermeister Dr. Priezel begrüßte den Verband im Namen der Stadt und Studienrat Dr. Schmidt vom BDL, wies auf die Unparteilichkeit des Verbandes hin. Nach einer Ansprache des zweiten Vorsitzenden des Verbandes der Heimatreinen Oberschlesier, der die gleichen Ziele des Verbandes unterstrich, folgte der gesellschaftliche Teil der Veranstaltung.

* Verkehrsbericht des Schiffsahrt-Bereins zu Breslau. (Woche vom 6. bis 11. September.) Bei dem heißen Sommerwetter und dem nun schon wochenlangen Ausbleiben jeglicher Niederschläge ist es nicht zu verwundern, daß die Wasserführung der Oder einen Tiefstand erreicht hat, der eine Schiffsbewegung kaum noch zuläßt. Der Verkehr auf der freien Oder beschränkt sich daher in der Hauptfahrt auch auf einige wenige ganz leicht beladene Motorfrachtschiffe und Gütermänner mit eiligen wichtigen Gütern und das Schleppen leerer Fahrzeuge mit kleinen, schwachen Dampfern. Die Schleppen Kanälen passieren noch zu Berg 57 beladene, 47 leere Kähne, zu Tal 41 beladene und 7 leere Kähne. Der Rang der verkehrsreichen Fahrzeuge — rund 350 — erfüllt sich bereits bei Dobben. Der Kohleumschlag in Cottbus war noch relativ wenig abgeschwächt gegen die Vorwoche, dagegen ist der Güterumschlag stark zurückgegangen. Es wurden umgeschlagen zu Tal in: Cottbus 35.250 To. einschl. 706 To. verschiedene Güter; Oppeln 494 To. verschiedene Güter; Breslau 3004 To. einschließlich 3584 To. verschiedene Güter; Maltzsch 6884 To. einschl. 572 To. verschiedene Güter und 3212 To. Steine. In Stettin sind nach längerer Pause mal wieder 3000 To. Erze eingegangen, aber zur Bahn gelöscht worden. Die Nachfrage nach Deckfählen für Getreideverladungen nach märkischen und Elbstationen war ganz reger, auch die offenen Kähne fanden gute Beschäftigung für den Transport von westfälischer Kohle und Koks nach Berlin. Das sonstige Oder-Berggeschäft war schwach, nur 800 To. Buttermittel und Kreide waren am Markt. Der Kahrraum ist knapp geworden, Belegsäge wurden nicht abgeführt. Der Hamburger Berggeschäft ist nach wie vor ganz danieliegend. Der Frachtausbau Breslau hat mit Entwicklung der Aufzugsbörse mit Wirkung vom 12. September 1932 eine quersitzige Beziehung der zum Umladungsorten den Brennstoffmengen gewährleistet wird. Die Tauchfeste der Elbe bei Havelort ist 1,20 Meter. Vom Frachtausbau für die Oder festgestellte Schiffsfrachten in M. je Tonne (excl. aller Nebenkosten, als Umschlag, Zollabfertigung, Akzise, Zollgebühr): Schiffsfracht für ganze Kahnladungen Steinfracht von Breslau nach Groß-Berlin, Stettin, Hamburg 2,25, — für oberschlesische Brennstoffe; von Oppeln nach Groß-Berlin, Stettin, Hamburg 4,65, 2,90, —; von Cottbus-Oderhafen nach Groß-Berlin, Stettin und Hamburg 5,25, 3,50, —. Für andere Güter in ganz Kahnladungen sowie für Teilmengen treten entsprechend Zuschläge ein.

* Anlässlich des Weinfestes Nachtang ein Gedenk. Anlässlich des Heimatabends und Weinfestes in Grünberg verkehrt der Personenzug 683 in der Nacht zum 25. d. M. (Nacht zum Sonntag) von Grünberg bis Glogau. Abfahrt von Grünberg 0,45, von Altkesel 0,52, Mittag 1,08, Neusalz 1,12, Beuthen 1,24, Kleinschönau 1,31, Brieg 1,36, Tröbisch 1,40 Uhr, Ankunft in Glogau 1,50 Uhr.

* Bevölkerungsbewegung in der Woche vom 4. bis 10. September. Zugang: Geburten 4, abgezogen 38, zusammen 42. Abgang: Todesfälle 3 (und 2 Ausw.), weggezogen 26, zusammen 29. Mittag: Wohozugang 18.

* Ganttreffen der Sturmchar in Grünberg. Die Sturmchar, die Wanderbewegung des katholischen Jugend- und Jungmännerverbandes, hielt für den Verein Nordostschlesien und den angrenzenden brandenburgischen Besitzteile am Sonntag in Grünberg ein Ganttreffen ab. Gegen 100 Sturmcharler der Gruppen Neusalz, Freystadt, Niederschönau, Maltzsch, Sprottau, Sagan, Gorau, Penzig, Grossen und Schwiebus waren zu der Tagung erschienen, die am Sonntag morgen mit einer Gemeindepfarrfeier begann. Kaplan Gallisch, der Präses der Grünberger Sturmchar, wies in seiner Ansprache den Wortsinn der Gottesdienst in sinngreicher Verknüpfung mit der Messliturgie auf die Aufgaben der Jugend, den Weg der bl. Gemeinschaft und bl. Geheimnis der Gottes- und Bruderschaft hin. — Im städtischen Jugendheim fand anschließend das Gantthring statt, das vom Gauführer G. Wollmann (Gagan) eröffnet und geleitet wurde. Ein von ihm gegebener Redenabschluß berichtete über das erste Jahr des Bestehens der Bevölkerung, die ein Wortkupf der katholischen Jugend sein will, zeigte, daß es den Sturmcharlern Ernst ist um ihr Wollen und Wollen für Christi Reich und ein neues Deutschland. Nach der Verleistung eines heraldischen Begrüßungsschreibens des am Erscheinen verhinderten Bezirksführers nahm der Gauführer die Neuauftnahme von 17 Jungens vor, die ihren Führer das Treueversprechen ablegten. Nach gemeinsamem Gesang nahm Kaplan Gallisch das Wort zu einem Abschluß und Bezug. Mit dem Bundeslied schloß das Thing. — Nachmittags fand im Vereinshaus eine Führersitzung statt, bei der die Einteilung des Gaues in drei Bezirke (Sagan, Penzig und Grünberg) geregelt wurde. Zum Bezirksleiter des Bezirks Grünberg wurde der bisherige Gruppenführer G. Scharf gewählt. Im Anschluß an das Führerthring zogen die Jungens mit frohem Sang und fettem Schritt durch die Straßen und bewunderten Grünbergs schöne Umgebung. Abends fand in der Pfarrkirche eine Andacht statt, bei der die Jugend das Guldner Bekenntnis ablegte. Nachher war ein Beisammensein mit den Eltern im katholischen Vereinshaus.

* Ganttreffen des Evangelischen Mädelsbundes. Am Sonntag veranstaltete der Evangelische Mädelsbund Kamp

und Ziel" im Gemeindehausraum einen Elternabend, in dem der Elternschaft der dem Bunde zugehörenden Mädchen sowie der gesamten evangelischen Gemeinde unter dem Gesamte froher Unterhaltung und erster Sammlung Einblick in den Geist des Betriebes im Mädchensaal gewährt werden sollte. Die Veranstaltung wurde eingeleitet durch den allgemeinen Gesang des Liedes "Sollt' ich meinem Gott nicht singen", dessen Begleitung auf der Orgel Gräfin Reichenbach freundlich übernommen hatte. Die Leiterin des Bundes, Jugendsekretärin A. Peter, begrüßte die zahlreichen Besucherinnen mit herzlichen Worten, in denen sie besonders eine Seite der Jugendarbeit, die Hinführung der jungen Mädchen zu der Natur, namentlich zum heimischen Walde, wo sie zum Nachgeben der Spuren des ewigen Schöpfers angehalten werden, hervorhob. Sämtliche Darbietungen der Jugend an diesem Abend standen auch unter dem Zeichen des deutschen Waldes, in dessen Schatten und geheimnisvollen Räumen der Mensch Entspannung findet von der Unrat in den Wohnstätten in der Gegenwart. Im Mittelpunkt der Vorführungen standen zwei reizende Waldmärchen, nämlich "Johannes Trojans" "Abenteuer im Walde" und "Jorinde und Joringel" von Hans Salm auf Grund des gleichnamigen Märchens der Gebrüder Grimm verfasst. Bei inniger Anpassung an ihre Rollen gaben sechs Darstellerinnen der Jungshar das schlimme Abenteuer der Ameise, der Grille, des Glühwürmchens, des Käfers, der Schnecke und der Kröte dort im Walde in einer Regennacht unter dem schirmenden Hut eines Pilzes wieder. Mit viel Hingabe und Geschick führten dann gereifte Mädchen in dem Salm'schen Märchenpielen reiner tiefer Liebe Freud und Leid und Sieg den Zuschauern vor Augen. Anmutende Volkstänze und Klavons waren geschickt in den Rahmen der Märchenpielen verschlossen, begleitet von dem Violinspiel zweier tonfunderlicher Mitglieder des Mädchens. Der Vortrag eines Gedichtes voll tröstlicher Abendgedanken beendete die Vorführungen der Mädchen. Ein Verkaufsstand für Handarbeiten und gute Bücher sollte der Kasse des Bundes zu erwünschter und benötigter Einnahme verhelfen. Der Leiter der gesamten Jugendpflege in der evangelischen Gemeinde, Pastor Dr. Geissler, richtete am Schluss herzliche Worte an die Versammlung, in denen er vornehmlich Gedanken über die Unendlichkeit Gottes, zu deren Erkenntnis unsere Jugend geführt werden soll, zum Ausdruck brachte. Der gemeinsame Gesang des Wächters "Hört, ihr Herrn, und lasst euch sagen, unsre Glock hat 10 geschlagen" beschloß den wohlgelebten Elternabend. —

* Lehrgang über Obst- und Gemüseverwertung. An der Lehranstalt für Obst-, Wein- und Gartenbau in Grünberg findet in der Zeit vom 8. bis 5. Oktober d. J. ein Lehrgang über gärtnerlose Früchteverwertung statt. Besondere Berücksichtigung findet die Herstellung von Apfelsüßmost. Die Kenntnis der Süßmostherstellung ist in diesem Jahre von besonderem Vorteil, weil große Mengen minderwertigen Obstes zweckentsprechender Verwertung zu führen werden müssen. Anmeldungen sind an den Direktor der Lehranstalt in Grünberg, Bismarckstraße 5, spätestens bis zum 28. September d. J. zu richten. Die Teilnahmegebühr beträgt je Tag und Person 1 RM. Für Unterkunft und Verpflegung haben die Teilnehmer selbst zu sorgen. Der Direktor der Lehranstalt ist jedoch auf Wunsch bemüht, ortsfremden Teilnehmern preiswerte Unterkunft zu vermitteln.

* Der Sturm, der Sonntag abend einsetzte und auch Montag anhielt, hat allenfalls großen Schaden anrichtet. Besonders haben die Baumhäuser in der Stadt und der Umgebung durch Abbrechen von Ästen schwer gelitten. Überall wurde Obst mäusehaft abgeschüttelt. Vorliegenden Häusern sind vielfach Dachziegel abgerissen worden. Verschiedentlich gingen auch Fensterscheiben in Trümmer. — An der Altefeller Chaussee wurde durch herabbrechende Äste die Telegraphenleitung schwer beschädigt bzw. zerriß.

* Der Brauereiweg, der bei Regenwetter infolge seines schlechten Zustandes kaum passierbar war, wird gegenwärtig notdürftig ausgebessert. — Das an der Abzweigung nach der Drentfauer Straße aufgestellte Straßenschild "Brauereiweg" ist nicht mehr lesbar und sollte daher durch ein neues ersetzt werden.

* Als Radfahrweg ist der vor den Bäumen an den Geestensichtshäusern an der Freystädter Chaussee entlang führende Weg durch eine Tafel gekennzeichnet worden.

* Der Fußgängerverkehr auf den Bürgersteigen wird in letzter Zeit vielfach dadurch behindert, daß Kinder darauf ihren Spielen nachgehen. Im Eifer des Gesetzes kommt es dann oftmals vor, daß die Kinder auf den Fahrdamm geraten. Trotz der Aufmerksamkeit der Fahrgäste kann dann ein Unglück schnell geschehen. Aber auch Passanten können zu Schaden kommen. Bürgersteige und Straße sind eben keine Spielplätze. Darum, Eltern, halte die Kinder von den Gefahren der Straße fern!

* Das Fahren des neu angelegten Weges im Stein-garten durch Laienführwerke ist — wie eine jetzt dort von der Polizei verordnete Tafel besagt — verboten. Übertretungen dieser Vorschrift werden bestraft.

* Schauspieler-Einbruch. In der vergangenen Nacht gegen 4 Uhr wurde die Schauspieler-Scheibe des Schuhwarengeschäfts von Schulz, Berliner Straße, zertrümmert und aus dem Schauspieler zwei Paar braune Herrenhalbschuhe, Größe 7½ (ein Paar mit Lack kombiniert) gestohlen. Nach dem Täter wird noch gesucht.

* Die Anbringung von Stacheldraht an Bäumen nsw. darf nur in der vorgeschriebenen Entfernung an öffentlichen Wegen erfolgen. Der Eigentümer des betr. Grundstücks ist, falls jemand seine Kleider zerreißt, den Geschädigten gegenüber schadensersatzpflichtig.

* Betrug und Blankofälschung. Vor dem Erweiterten Schöffengericht in Guben hatte sich kürzlich der Rechtskonsulent P. aus Grünberg, früher in Window (Kr. Cottbus), zu verantworten. Der Angeklagte näherte sich am 1. Febr. 1931 dem Landwirt Ernst P. und dessen Sohn in Window, um sie mit ihren Verwandten in Berlin in einer Grundstücksangelegenheit vor Gericht zu vertreten. Ein Honorar verlangte er nicht; seine Arbeit sollte nur ein Freundschaftsdienst sein, um sich dem P. erkenntlich zu erweisen. Er reiste mit dem jungen P. nach Berlin und trat mit dessen Verwandten in Verhandlungen. Auf Wunsch erhielt er einmal 50 RM. und dann 30 RM.; dieses Geld wollte er angeblich für Beschaffung von Stempelmarken und für Ein-

Alarm zur verstärkten Deutschtumsarbeit im BDA!

Peter Greiffenthal berichtet im Grünberger BDA über deutsche Not in Jugoslawien.

Die Werbewoche des Vereins für das Deutschtum im Auslande in Grünberg wurde gestern durch einen Werbeabend im Oberlyzeum mit Vortrag des ausländischen Journalisten Peter Greiffenthal (Belgrad) über das "Deutschtum in Südosteuropa" eingeleitet. Am Vormittag hatte der Redner bereits vor einigen Grünberger Schulen gesprochen.

Der mächtig besuchte Werbeabend wurde durch ein Musststück, gespielt vom Berufsschulorchester, begonnen. Nach einem Vorspruch, vorgelesen von dem Schüler Röver, berührte Gemeinschaftslehrer Kühne im Namen der Ortsgruppe die Gäste und wies auf die über Partei und Konfession stehende Deutschtumsarbeit des BDA hin, deren Ziel die Errichtung der großen volksdeutschen Bruderschaft über alle politischen Grenzen hinweg sei.

Sobald ergriff der ausländische Journalist Peter Greiffenthal mit einem Dank an den BDA, das Wort an seinem Vortrag, der die Not unserer Ausländdeutschen und ihren erbitterten Kampf um Erhaltung von Sprache, Kultur und Volkstum mitführen und erleben ließ. Nachdem er in großen Zügen die Lage des in allen Gebieten schwer bedrängten Deutschtums in Südosteuropa skizziert hatte, ging er besonders auf die Verhältnisse in Jugoslawien ein, die er aus eigener Anschauung genau kennt. Seine Familie ist hier schon seit etwa 200 Jahren ansässig.

Serben, erst durch den Weltkrieg in seiner heutigen Größe geschaffen, übt einen grauenvollen Druck auf seine ungefähr 25 nationalen Minderheiten aus, obwohl das serbische Volk als herrschendes selbst eine Minderheit darstelle. Seine Machtmittel, Militär, Polizei, Gendarmerie, geben ihm aber genügend Rückhalt, so daß es den Serben schon gelungen sei, etliche reine deutsche Orte zu Namenssäulen. Auf jede Art und Weise werde die deutsche 1 Million starke Minderheit entrichtet. Minderheitenschutzverträge mitsamt deutscher Gebürgte enteignet. Je größer aber der Druck sei, um so stärker wache die Schicksalsgemeinschaft unserer ausländdeutschen Volksgenossen zusammen, die dort für das Deutschtum auf Vorposten stehen. Rückgrat für seinen schweren Kampf habe das Ausländdeutschtum im BDA. Die Hilfe, die der BDA hier leiste, gelte aber nicht nur den Ausländdeutschen, sondern darüber hinaus diene dieser Kulturbund durch Erhaltung des Ausländdeutschtums auch einer wirtschaftlichen Stärkung Deutschlands. Durch seinen Kampf um deutsche Kultur und Sprache in den ausländdeutschen Gebieten lockere er den deutschen Handel den Boden für seinen Umsatz, denn die Sprache erodiere einem Land den Handel. So sei es nicht nur in Südosteuropa, sondern in der ganzen Welt mit den 40 Millionen Ausländdeutschen, die die deutsche Sprache sprechen und für uns einen nicht unbedeutenden Wirtschaftsfaktor darstellen, den wir immer in Rechnung stellen sollten.

In Jugoslawien werde die deutsche Sprache von etwa 70 Prozent der Bevölkerung beherrscht und gebräucht. Die deutsche Einfahrt nach diesen Gebieten betrage allein 82 Prozent; ein Verdienst unserer dortigen Ausländdeutschen.

Clarer und nüchtern könne nicht bewiesen werden, wie verpflichtet wir schon auf rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten sind, sie bei ihrem eigenen Kampf zu unterstützen. Leider haben noch nicht alle unsere Volksgenossen erkannt, welche Tugend es ist, in unserem Ausländdeutschtum zu haben, den wir nur durch größte Unerschöpflichkeit aus dem Mutterlande heben können. Frankreich sehe unser Ausländdeutschtum richtig in Rechnung, das beweise der Ausspruch eines französischen Journalisten bei einer Genfer Tagung, der sagte,

dah Frankreich auf alle deutschen Reparationen verzichten könnte, wenn sein Land soviel Ausländdeutsche aufzuweisen würde, wie Deutschland Ausländdeutsche.

Fürwahr, einen besseren Beweis für die wirtschaftliche Bedeutung und Machtstellung unseres Ausländdeutschtums gibt es nicht.

Die Fälschung des Honorartheines, wie auch den Empfang der Geldbeträge über 50 und 90 RM. in der Beleidigung wurde aber durch die Akten und die Aussagen der beiden Bingen Ernst und Alfred P. und des Oberlandjägers Dahl aus Hammelburg P. schwer belastet. Der Vertreter der Anklage hielt daher den Angeklagten des Betruges im Rückschlag und der schweren Urkundenfälschung schuldig und beantragte für beide Vergehen unter Verlagerung mildernder Umstände eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Buchthaus, 500 RM. Geldstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren. Der Gerichtshof verurteilte ihn unter Verlagerung mildernder Umstände wegen Betruges im Rückschlag in Tateinheit mit Blankofälschung zu 1 Jahr 6 Monaten Buchthaus, 200 RM. Geldstrafe und 14 Tagen Buchthaus und zu 5 Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte wurde sofort in Haft genommen.

* Spanische Schachwindler. Von der Polizei in Breslau wird mitgeteilt: Die sogenannten "Spanischen Schachwindler" haben ihre Tätigkeit in Deutschland wieder aufgenommen. Es handelt sich um Betrüger, die in Abständen von einigen Jahren aus Madrid oder Barcelona an deutsche Bürger — vor allem finanziell gut gestellte Geschäftleute — Schwindelbribe verordnen. Während der Briefschreiber in früheren Briefen Hauptmann (Zahlmeister) gewesen sein und sich wegen Teilnahme an einem politischen Komplott in Haft befinden will, behauptet er jetzt, wegen

Die Franzosen wünschen, daß die Sprache der Begehrte des Handels ist. Sie verachten deshalb, auf jede mögliche Weise in ihren Balkanländern, wo zu auch Serben gehören, ihre Sprache auszubreiten. Bisher sprachen aber nur 5 Prozent der serbischen Bevölkerung französisch. Frankreich lasse aber trotzdem nichts unverloren, um französisches Gedankenamt und die französische Sprache einzubringen. In erster Linie werde in dieser Richtung von den diplomatischen Vertretungen Frankreichs gearbeitet. Französische Botschaften seien in jeder Stadt, und die Franzosen schenken sich selbst nicht in Jugoslawien in deutscher Sprache, die sie sonst so beschimpfen, Vorträge zu halten und für ihre Kultur zu werben.

Serben selbst führt natürlich alles daran, um unsere Deutschen ihres Volkstums zu beraubten und zu schwämmen. Ihre Schulen, deutschen Gottesdienste wir, habe man ihnen genommen und zwinge sie dafür, ihre Kinder in serbische Schulen zu schicken, in denen sie im serbischen Geist erzogen würden. Aber der deutsche Kulturbund in Serbien, der während seines 12jährigen Bestehens allein 8 Jahre verboten und seines Vermögens beraubt worden war, hofft hier so gut er könne durch Errichtung von deutschen Bibliotheken und Katakomben Schulen, in denen Geheimunterricht erteilt werde, weil auch jeglicher Privatunterricht für Deutsche in Jugoslawien verboten sei. Unterstellt würde er dabei vom BDA. Trotz aller Schikanen, Gefangenstrafen, Glaubens- und Schulzwang lieben sich die Deutschen dort aber das Wichtigste, ihre Sprache, nicht nehmen, an der sie zäh festhielten.

Der Versuch von BDA-Tagungen werde als Hochverrat gewertet.

Viele Deutsche hätten ihn schwer bühen müssen. Darunter der Redner selbst durch 3 Monate Gefängnis. Besonders bekannt sei der Fall des Gräulins Holde Reiter, die ebenfalls in Kiel zur BDA-Tagung anreisend war und dafür bei ihrer Rückkehr in ihre Heimatstadt in unmeniglicher Weise in der Polizei drei Stunden lang gewält, geprägt und gefoltert wurde, um aus ihr ein Geständnis herauszuholen, das sie deutsche Spionage treibe. Der Redner und sein Freund wurden in eine Zelle mit Biegern auf drei Monate lang eingesperrt, was in Serbien ehrbarer als der Tod durch den Strich sei. Die Prügeleien und die Belegung mit hohen Gefangenstrafen für Deutsche habe endlich im Jahre 1931 aufgehört.

Zum Schluß seiner interessanten Ausführungen sprach Herr Greiffenthal über den katastrophalen wirtschaftlichen Zustand in diesem vorwiegend agrarisch eingeteilten Land. Dem Bauer ginge es durchaus schlecht. Die Steuerbelastung sei ungeheuerlich. Die Bürger würden bis zum Weißblut mit Steuern belegt. Auf die Benutzung eines Feuerzeuges stehe allein soviel Steuer wie in Deutschland auf einem schweren Motorrad. Viele Staatskassen seien nichts Neues. Die Befolzung der Beamten sehe manchmal monatelang aus. Nur das Militär und die Polizeimacht würden aus naheliegenden Gründen stark und glänzend erhalten. Für die Balkanstaaten sei dies sehr typisch.

Unsere dortigen Ausländdeutschen bekennen sich trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen frei und offen zur großen deutschen Schicksalsgemeinschaft und treten jeder Berufung und Verhängung unseres Deutschtums entgegen. Ihrer Arbeit sei es zu verdanken, daß es in Serbien heute die Ansicht Allgemeingut sei, daß ohne Deutschland die Wirtschaftskrise nicht beendet werden könnte. Aufgabe des BDA sei es, daß Deutschland in diesen hart umkämpften Gebieten zu untersetzen, damit es nicht verloren gehe. Der BDA habe vieles zu leisten und werde auch seiner Aufgabe in bescheidenem Umfang gerecht.

Zwei Lichtbildserien aus deutschen Siedlungsgebieten, die z. T. leider schon slawisiert sind, beweisen den deutschen Charakter von Gebäuden und Volkstum.

Reicher Beifall dankte dem Redner für seinen mitreichen- den Alarm-Ruf zu neuer verstärkter Volkstumsarbeit im BDA.

Bankerott in Gefangenschaft zu sein. Der Häftling will ein größeres Vermögen bei seiner Bank deponiert haben. Die Depositen will er in einer Reisetasche verwahrt haben, die an einer bestimmten Stelle gegen Entlohnung eines Beträges abzuholen ist. Hierbei soll eine angeblich schwule 16jährige Tochter des Häftlings eine bestimmte Rolle spielen. Für die geleisteten Dienste verspricht der Schwindler den Briefempfänger den dritten Teil seines großen Vermögens, das er mit etwa 900 000 M. bezeichnete. — Die Täter waren früher bereits festgenommen und scheinen jetzt wieder ihr Unwesen zu treiben. Es handelt sich um einen Deutschen und einen Spanier, die sich in Spanien, wahrscheinlich in Madrid aufzuhalten. Es wird vor diesen Leuten gewarnt und gebeten, im Falle des Auftretens sofort Nachricht an die nächste Polizeidienststelle gelangen zu lassen.

* Geflügelzuchthilfespritzung und Wiederholungslehrgang in Geflügelzucht. Da die Herbstspritzung für Geflügelzuchthilfespritzung nicht, wie ursprünglich vorgesehen, Anfang Oktober, sondern erst am Freitag, dem 14. und Sonnabend, dem 15. Oktober, in der staatlich anerkannten Lehr- und Versuchsanstalt für Geflügelzucht Ohlau-Baumgarten und Haidenhof, Abteilung Ohlau, stattfindet, beginnt auch der für Montag, den 12. September, in Aussicht genommene Wiederholungslehrgang erst am Montag, dem 19. September, vormittags 9 Uhr, in den Unterrichtsräumen der Molkerei-Veranstaltung Ohlau-Baumgarten (Verzuchs- und Lehrgruppe).

* Ankündigung von Hengsten auf die Zeitdauer von 8 Jahren und Nachzuchtprämiierung. Nach der Polizeiverordnung betreffend die Körung von Hengsten können Vollblut- und Vollbluttrabenhengste, für welche nach Ansicht der Körkommission genügend eigene Rennleistungen oder solche ihrer Nachkommen aufzuweisen sind, bis zu 8 Jahren angekündigt werden. Ebenso kann für alle übrigen Hengste, welche mindestens viermal für die Provinz Niederschlesien angekündigt wurden, bei nachgewiesener guter Vererbungsleistung die Körung für die nächsten 8 Jahre ausgesprochen werden. Die Landwirtschaftskammer Niederschlesien setzt Näheres über die Art der Feststellung der Vererbungs-

MAGGI's
Fleischbrühwürfel

• bei allen Hausfrauen beliebt wegen ihrer Güte. — 5 Würfel nur 17 Pfg. —

Pionier-Uebung bei Glogau.

Die Vorübungen für die großen Manöver.

Aus Glogau, 12. September, wird uns berichtet:

Die heutige Uebung der Pioniere, die Oberst Müller, Pionierinspizient beim Gruppenkommando 2 in Kassel, leitete, bezweckte die plannmäßige Vorbereitung für einen Flussübergang und dessen sorgfältige Erkundung in bezug auf Anfahrtsweg, Uebergangsstellen usw. Der Uebung lag folgende Lage zugrunde:

Blau Division (Oberst Kuckein, Führer) erhält vom Feldkommando in Sprottau Befehl zum Vorgehen von Südwesten nach Nordosten, um in Flanke und Rücken von roten mit dem Weitflügel bei Lissa, Front nach Süden kämpfende Kräfte vorzutreten, sie marschierte in der Nacht zum 12. September in breiter Front zur Oder vor, die vom Feinde in unbekannter Stärke besetzt ist. Die Division begann mit ihrer Erkundung durch Offiziere bereits um 5 Uhr früh, um diese Zeit war die Division bereits auf 5 Kilometer an die Oder heran. Gegen 8 Uhr war die Erkundung beendet und konnte der Divisionsführer in der Johnmühle in Schönaus die Meldungen der Erkundung entgegennehmen. Nach Lage der Dinge verlegte der Divisionsführer den Schwerpunkt des gewaltigen Oderüberganges in die Gegend von Nenkersdorf. Dort erschien der Uebergang des Truppenkörpers am günstigsten, die Anfahrtsweges günstig, ziemlich verdeckt und günstige Artilleriestellungen vorhanden waren. Pionierkommandeur Hauptmann Petersen hatte nun die Aufgabe, die im Rahmengebirge bei Dallau bis in den Nordteil des Kreises Sprottau verstreuten Pioniertruppen und Pontontrüge möglichst unauffällig an den Fluss zu führen. Infolge der schlechten Wegeverhältnisse in den Dallauer Bergen genehmigte der Divisionskommandeur den Herantransport der Pontonkolonnen auf der Kunstroute Queritz-Guttau. Auf dem Nordufer hatte sich Rot zunächst auf die Verteidigung eingestellt und Truppen auf Kraftwagen herangeschafft. Nach höherem Befehl sollte die Truppe aber in die Höhe des Landgrabens zurückgehen, legte aber vorher noch Straßennamen, die vollkommen unter der Straßennamensfläche verschwanden. Um 11.30 Uhr meldete die Vorhut von Blau, daß Rot die Stellung geräumt habe. So-

fort begann mit allen Mitteln das Uebersegen der Infanterie, die bei der Knappheit der Mittel durch eigene Pioniere dargestellt werden mußte.

Um 12 Uhr zog sich ein dichter Schleier künstlichen Nebels auf einer Breite von 4 Kilometern über die Oder, unter dessen Schutz die Infanterie zunächst in Flößländen und Klappbooten über den Fluss ging. Bald darauf konnten auf Fähren Artillerie, Minenwerfer und der gesamte Gefechtszweck nachgedoben werden. Um 14 Uhr litten die Ueberseearbeiten unter schwerem Bombenwurf feindlicher Flieger, so daß für eine Viertelstunde jeder Stahlhelm vom Ufer verschwunden war, um Deckung zu nehmen. Bald darauf ertönte das Signal: „Das Ganze hält!“

Die Uebung konnte natürlich nur einen Ausschnitt aus der Kampfhandlung bringen. Handelte es sich doch darum, vor allen Dingen die Pioniere einzusehen und ihre Wirkung beim gewaltigen Angriff über die Oder zu schulen. Die Führer konnte mit den heute gezeigten Leistungen zufrieden sein.

Den heutigen Uebungen wohnten drei japanische Generalsstabsoffiziere bei, die im Hotel „Deutsches Haus“ in Glogau untergebracht sind. Heute abend findet in Beuthen (Oder) ein Konzert aller drei Pionierkapellen statt, ein Bayenstreich zu Ehren der Führer schließt sich an. —

Löwenberg, 12. September. Die Uebungen von Teilen der 2. Kavallerie-Division, verstärkt durch Bataillonen unserer Truppenabteilungen und von motorisierten Verbänden finden am 13. und 14. September statt. Die Manöver gelten als Vorübungen für die großen Manöver, die am 10. September im nördlichen Teile Schlesiens und bei Neumark (bei Frankfurt a. Oder) stattfinden. Die Leitung der hier stattfindenden Uebungen hat Generalmajor von Kleist. Am 18. September führt die Blaue Partei Oberst Kreis von Kressenstein und die Rote Partei Oberst Schwantes. Die Uebungen am 18. September werden sich im Raum Löwenberg-Lauban-Siegersdorf abspielen. Die Uebungsleitung befindet sich in Löwenberg.

Leistung solcher Hengste fest. Um eine Feststellung über die Vererbungsleistung der Hengste zu bekommen, weist die Landwirtschaftskammer auf die Nachzuchträmmlerungen des Verbandes Schlesischer Kaltblützüchter und des Verbandes Schlesischer Warmblützüchter hin, welche alljährlich abgehalten werden. Danach sind Hengste mit mindestens 10 Nachkommen zu den Nachzuchträmmlerungen vorzustellen. Die Anmeldungen zur Nachzuchträmmlerung sind bis 30. September 1932 an die Geschäftsstelle des Verbandes Schlesischer Kaltblützüchter und an die Geschäftsstelle des Verbandes Schlesischer Warmblützüchter, Breslau 10, Matthiasplatz 5, zu richten.

* **Mehr Schutz dem Maulwurf!** Er ist im allgemeinen ein nützliches Tier. Wo er — wie in Gärten — durch Aufwerfen seiner Hügel Schaden anrichtet, stecke man, nachdem man die Hügel beseitigt hat, in die Lauftröhre Lappen, die mit scharf riechenden Flüssigkeiten, z. B. Petroleum, getränkt sind. Durch diesen Geruch werden die Tiere vertrieben. Eine Vernichtung der Maulwürfe würde sich aber in Kürze rächen.

* **Die Handball-Abteilung der Verein Grünberger Sportfreunde veranstaltete am Sonnabend im DWV-Kino ein Preisfest für seine Mitglieder und Gäste.** Der Abend war recht gut besucht und verlief sehr harmonisch. Die Sieger im Wettbewerb mit der rollenden Kugel erhielten sehr schöne Preise, so daß hier jeder auf seine Rechnung kam. Den gesamten Abend spielte die eigene Kapelle neue und alte Weisen zum Tanz. Bei recht gemütlicher Stimmung wurde der Abend aufgehoben. —

* **Volkstanz-Treffen in Laubegast.** Am Sonntag fand in Laubegast ein Volkstanz-Treffen statt, zu dem der Volkstanzkreis Fraustadt eingeladen hatte. Es war von etwa 100 Jugendlichen besucht. Stadt und Kreis Grünberg waren durch mehrere Jugendgruppen und die Kreisjugendpflegerin Fräulein Röbottz zahlreich vertreten. Außerdem nahmen daran teil: der Grünberger Volkstanzkreis unter der Leitung von Frau Benzel und Vertreter von Karschin, Kleinisch, Koldig und Lantsch. Die Volkstänze, bei denen man sich in üblicher Weise vergnügt, haben hoffentlich so werbend gewirkt, daß sie anregend auf die Volkstanzfeste im Kreis gewirkt haben. Infolge des am Abend herrschenden Sturmes gestaltete sich die Heimfahrt der Grünberger Gruppe etwas abenteuerlich. Sie mußte sich mitunter die Straße erst frei machen von Hindernissen, die der Sturm in den Weg geworfen hatte.

* **Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.** Aus der hiesigen Einnahme ist die Nummer 184 561 gezogen worden.

Eingesandt.

Für diesen Teil übernimmt die Redaktion nur die prengeleichtliche Verantwortung.

Die alte Scheune auf dem Lindenber

ist verschwunden, wofür sämtliche Anwohner dieses Straßenzuges dem Magistrat Dank wissen. Leider aber ist an deren Stelle eine Sandwüste getreten, die für die Anlieger fast unerträglich geworden ist und ein Gefühl der Despair nach der Straßenseite zur Unmöglichkeit macht. Könnte der Magistrat hier nicht Abhilfe schaffen durch eine Befestigung mittels Schotter oder Schotter, wie dies jetzt in unmittelbarer Nähe am Eingang zur Neustadtstraße geschieht? Die Anlieger wären jedenfalls dankbar dafür. —

Beschärkter Quotenkampf in der Oberschiffahrt.

Das Quotierungsverhältnis bei den schlesischen Brennstoffverladungen wurde in der ersten Sitzung des neu gebildeten Frachtenausschusses auf 68 Prozent für die Privatschiffahrt und 32 Prozent für die Reedereien festgelegt. Vom alten Ausschuß waren aber noch rund 24000 Tonnen zu übernehmen, um welche Mengen einige Reedereien den ihnen zugestandenen Anteil überzogen hatten. Diese Überziehung hat sich nach Angabe aus Klein Schiffahrtskreisen zwischen auf über 32000 Tonnen erhöht. Die Privatschiffahrt macht nun die größten Anstrengungen, daß ihr diese überzogenen Mengen zugeführt werden, wogegen die Reedereien ganz unterschieden Einpruch erheben. Die Klein Schiffahrt behauptet nun, daß ihr durch die Entziehung der oben genannten Menge ein Frachtenausfall von rund 150 000 Mark entstanden sei. Eine Forderung der Klein Schiffahrt an den Frachtenausschuß, die Reedereifahrzeuge 10 Tage

von den Verladungen auszusperren, um hier einen Ausgleich zu schaffen, wurde abgelehnt.

Die Klein Schiffahrt beruhigte sich aber bei dieser Abweisung nicht, vielmehr wurde in Görlitz-Hafen eine außerordentlich zahlreiche Besuchte Protestveranstaltung einberufen, in der eine Sitzung an den Oberpräsidenten beschlossen wurde, in der u. a. folgende Forderungen enthalten sind:

1. Ausgleich der überzogenen Quoten mit sofortiger Wirkung. 2. Gleichberechtigung in der Besetzung der Sitze im Zwangsfrachtausschuß, da die augenblickliche Zusammensetzung, der auch Verlader und Spediteure angehören, für die Klein Schiffahrt untragbar sei, weil sie eine Vergeleichung der gesamten Privatschiffahrt darstelle. 3. Sorgfältige Einbehaltung der Verladung von Reederei- und Privatschiffahrzeugen nach der Reihenfolge bei dem Eintreffen in den Hafen erteilten Nummern.

Bei Nichtausgleich der Quote wird sich die Privatschiffahrt an weiteren Sitzungen des Frachtausschusses so lange nicht beteiligen, bis ihr volle Gleichberechtigung hinsichtlich der Beladungsmengen zugestanden wird. Schließlich weigern sich die Klein Schiffahrt, sogenannte Elb-Fonds weitere Mittel aufzuführen, so lange ihre Forderungen nicht bewilligt werden.

Lehrer mit zwei Söhnen ertrunken.

Waren, 12. September. Am Sonntag nachmittag ertranken auf der Mündung am sogenannten Rotenberg der Lehrer Langmacher, dessen Sohn Günter und dessen Bruder Walter Langmacher. Die Leichen konnten bisher noch nicht geborgen werden.

Hinweis.

Für diesen Teil übernimmt die Redaktion nur die prengeleichtliche Verantwortung.

Der Wagen für Lebemann.

Der neue 1-Liter-Ford, der jetzt in Deutschland auf den Markt gelangt, entspricht in jeder Beziehung den Ansprüchen, die man an einen Fordwagen zu stellen gewohnt ist, ja, er übertrifft alle Erwartungen durch eine Reihe von Eigenschaften, die man bei andern Wagen gleicher Preisklasse vergleichlich finden wird.

Besonders auffallende Eigenschaften des neuen 1-Liter-Fordwagens sind:

1. die kräftige, dreifach gelagerte Kurbelwelle, die ein weiches, geschmeidiges Arbeiten der Maschine gewährleistet, wie es bei weniger Wagen nicht erreicht werden kann. Hierzu kommt noch, daß der Motor in Gummi gebettet ist, wodurch ein vibrationsfreier Lauf erzielt wird;

2. das Synchron-Gefüge mit schrägvorzähnten, in ständigem Eingriff befindlichen Zahnrädern des zweiten Gangs und eben solchen zum Antrieb der Vorgelegewelle, wodurch das Schalten, selbst vom dritten auf den zweiten Gang, bei jeder Geschwindigkeit sicher, leicht und geräuschos vonstatten geht;

3. die Verwendung von Gummi an allen Verbindungsstellen des Steuerungssystems. Die Folge davon ist: besonders leichte Bedienung und ständige vollkommene Gleichheit sämtlicher Steuerungsorgane, sowie erschütterungsfreies Steuern des Wagens.

Der Wagen ist dank dem günstigen Verhältnis zwischen Stärke und Gewicht sehr wirtschaftlich. Sein Anzugsvermögen ist beeindruckend, seine Bergsteigfähigkeit hervorragend. Er erreicht eine Geschwindigkeit von über 100 Kilometer pro Stunde. Die Uebersezung in der Hinterachse ist so günstig gewählt, daß trotz ausgesuchter Fahrtgeschwindigkeit im direkten Gang die Notwendigkeit, höhere Fahrtgeschwindigkeiten durch höhere Motortourenzahlen zu erkämpfen, wegfällt.

Die Bordseiten bieten ungewöhnlich große Bewegungsfreiheit. Vertiefungen für die Füße der im Ford sitzenden Fahrgäste machen auch diese Sitz außerordentlich bequem. Die großen Fenster gestatten jedem Fahrgäste, unbehindert die vorüberliegende Landschaft zu betrachten und machen den Wagen im Innern taghell. Die Ganzstahlkonstruktion gewährleistet dauernde Gerauschoslosigkeit der Karosserie und — was vielleicht noch wichtiger ist, — größte Widerstandsfähigkeit gegen Beschädigungen.

Der neue 1-Liter-Fordwagen ist zwar kleiner und leichter als die andern Ford-Modelle, aber er ist trotzdem ein bequemer, vierfachiger Wagen mit sehr kräftigem Motor und wirkt in seiner gesättigten Stromlinienform außerordentlich ansprechend und geschmackvoll.

Aus der Provinz Schlesien.

Kreis Grünberg.

(6) **Wittgenau, 18. September.** Bemerkenswertes aus unserer Gegend. In den letzten Tagen war unser Ort das Ziel einiger Schulklassen. Neben den landschaftlichen Reizen, den unsere Gegend bietet, ist sie besonders für die unterrichtliche Belehrung und Erweiterung des heimatlichen Wissens geeignet. So werden sehr unmittelbar in der Nähe des Dorfes (Richtung Schloß) neue Schächte angelegt. Die Kinder können hier interessante Einzelheiten über Entstehung, Alter, Lagerung, usw. unserer Heimat föhren. In vierfachstündigem Marathons kommt man zur Brieftaubenfabrik. Dort besteht die Möglichkeit, unter sachkundiger Führung die Fabrikation von Brieftauben zu sehen. Ganz in der Nähe liegt die Ziegelei. Neben der Brennerei dürfte besonders die Lehmgroße dem Geologen Veranlassung zu eingehenden Betrachtungen geben. Wandert man nun zurück zum Dorfe, so verdient unter Gedenkstätten Beachtung. Er gehört zu den ältesten noch erhaltenen kirchlichen Bauten des Kreises. Der Weg zum Bismarckturm führt an prächtig gelegenen Weinbergen vorbei. Von hier aus genießt man nun einen wunderbaren Blick über unsere schöne Heimat.

R. Wengleßen, 12. September. Reichsjugendwettkämpfe. Am vergangenen Freitag fand an der hiesigen Volksschule die Austragung der Reichsjugendwettkämpfe statt. Kampfrichter waren die Lehrer Rau-Grohles und Ritschel-Wengleßen. Von 19 Teilnehmern konnten 16 mehr als 40 Punkte erreichen, also als Sieger bezeichnet werden. Die Ergebnisse waren in der 1. Altersklasse: Paul Liebig II 59 Punkte, Adolf Jensch 55, Rudi Pollack 54, Paul Liebig II 52, Martha Schmidt 48 und Paul Göpp 42; in der Vorlaufe: Martha Wiesner 55, Alfred Hering 51, Walter Pollack 51, Willi Kleindienst 50, Paul Schmidt 49, Paul Wunsch 47, Fritz König 45, Richard Göpp 44, Friedl Schellack 43, Herbert Böhl 43, Walter Böhm 36, Paul Böck 34 und Adolf Göpp 33. — **Herbstferien.** Die Schule beginnt am 14. d. M. ihre dreiwöchigen Herbstferien.

z. Ritter, 12. September. Der Kriegerverein hielt gestern nachmittag unter zahlreicher Beteiligung auf dem neuerrichteten Schiestand in der Fasanerie die erste Schießübung ab. Es gelangten ansehnliche Preise zur Verteilung. Die besten Treffer erzielte H. Grunert mit 29 Ringen. — Eine Pächterversammlung findet am Mittwoch abend statt. — Der Kath. Jugendverein hält Dienstag abend eine Versammlung ab.

Boyadel, 12. September. Probepredigt. Am Sonntag, dem 25. September, wird Pastor Henrich aus Welsleben im Mansfelder Gebirgskreis (Provinz Sachsen) hier in Boyadel eine Gaitpredigt halten. — **z. R.** Der Jagdschützenverein Ostmark hielt Sonntag nachmittag auf den Schießständen der Stahlhelmgruppe sein dreijähriges Sommerchießen ab. Die besten Schüsse beim Preisschießen erzielten: Förster I. R. Heinrich-Boyadel 32, Förster Hermann-Schön 30, Oberförster Wahle-Schöslaw 29, Kantor Lempke-Ostritz 28 und Forstgehilfe Schrödt-Boyadel 26. Bei einer weiteren Schießen war die Reihenfolge der Besten folgende: Kantor Lemke, Förster Jahn-Kontopp, Försterverwalter Kirchstein-Kolzig, Förster Laege-Boyadel, Förster Spiller-Kleinrich. Auf der Ehrenscheibe wurde lebenslanger Förster. Anschließend fand eine Zusammenkunft der Schüsse in der Schloßbrauerei statt. — Die Stahlhelmgruppe hatte in der Schloßbrauerei eine Pflichtversammlung der Mitglieder. Die Kameraden Kulan und Schulz berichteten über den Verlauf des 18. Reichsversammlungstages. Am 18. d. M. veranstaltete die Ortsgruppe ein Preistreizeien. — Müllabfallplatz. Durch Beschluss der Gemeindevertretung sind der alte Schiestand (hinter den Mühlbergen) und die Wasergasse an der Thunsee nach Pirnig (Wöhre) als Müllabfallplatz bestimmt worden. An anderen Stellen darf Müll nicht abgeladen werden.

M. Schöslaw, 12. September. Um die Herabsetzung der Entwässerungsbeiträge. Seit Jahren führen die hiesigen Landwirte und die im benachbarten Polamie, die sämtlich Mitglieder der Entwässerungsgenossenschaft Obraververband sind, einen erbitterten Kampf um die Herabsetzung der Entwässerungsbeiträge. Jünger wieder ist die Aufrüstung eines neuen Beitragskatasters gefordert worden, da, so sagte man, von einem Nutzen durch die an und für sich mangelhafte Entwässerung in vielen Fällen nicht gesprochen werden könnte. Auf wiederholte Proteste der Beteiligten fand eine örtliche Besichtigung der Ländereien statt. Bei dieser Gelegenheit wurde von den befristigenden Vertretern des Obraververbandes vor die Aufrüstung eines neuen Beitragskatasters zugestimmt. Heute wird jedoch die damals gegebene Sicherung abgelehnt und die zwangsweise Einziehung der Beiträge für 1930/31 und 1931/32 angedroht. Aus diesem Grunde wurde Sonntag abend hier eine Interessenten-Versammlung abgehalten, in der die Entwässerungsbeiträge als untragbar bezeichnet und gefordert wurde, daß die Behörden dem bei ihnen angeblich bestehenden Verständnis für die Notlage der hiesigen Landwirtschaft auch endlich einmaliaten lassen. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: Die Beitragspflichtigen von Schöslaw und Polamie erklärten sich bereit, den Beitrag nach der 8. Beitragsklasse zu entrichten und bitten den Vorstand um Angabe der wirklichen Beitragsfläche bezw. um Mitteilung der hier nach zu leistenden Zahlungen. Die Beteiligten lehnen es aber ab, die Beiträge nach den von Obraververband vorgenommenen Klassifizierungen zu zahlen und werden dieserhalb beim Regierungspräsidenten vorstellig werden. Die Beiträge für den Neubestand werden, so weit es sich um die Flächen handelt, die von Hrn. von Schefer erworben sind, von diesem bezahlt, soweit es sich um die von Förster-Kontopp erworbenen Flächen handelt, wird die Aufrüstung eines neuen Beitragskatasters beantragt, da die alten Durchschnittsbewertungen für die Flächen noch nicht abgeändert sind. Die Interessenten stimmen darin überein, daß der Obraververband die Landwirtschaft zu hoch belastet. Schon aus diesem Grunde ist es dringend erforderlich, daß der Verband so bald wie möglich aufgelöst wird, weil dann ganz erhebliche und unnötige Kosten entstehen werden, daß die enormen Verwaltungskosten des Verbandes in keinem Verhältnis zu dem erreichten Vorteil stehen. Im übrigen wird noch bemerkt, daß die Grabenräumung in Polamie in diesem und im Vorjahr durch die Interessenten selbst erfolgt ist, und daß dieserhalb noch eine Berechnung zu erfolgen hat. — Rübenkrankheit. In diesem Jahre sind in hiesiger Gegend die Rübenkrüben von einer eigenartigen Krankheit befallen. Die Rüben faulen an der Erdoberfläche berührenden Stelle und brechen später ab.

Sedlitz, 12. September. Landwirtschaftliches. Die Vorarbeiten für die Herbstbestellung werden durch die Trockenheit erheblich erschwert. Auf den sehr hart gewordenen Lettoböden ist es kaum möglich, den Pflug in die Erde zu bekommen. — **Beihähnling.** Die Schweinezählung am 1. September ergab: Haushaltungen mit Schweinen 30, Büchse 2, Zuchtfauen 38, alle übrigen 108. Gesamtsumme 208. Rinder wurden im Juni 15, Juli 3 und August 3, zusammen 21 geboren.

Landwirtschaftliche Umschau

Herbstlieferungen von Düngemitteln an Sicherungsbetriebe im Ostsegebiet. — Realsteuerentlastung aus Mitteln der Osthilfe. — Die Durchführung der Roggenalition. — Um die Einfuhrkontingentierung.

H. Karlsdorf, 12. September. Landwirtschaftliches. Die Grünmeternte ist hier beendet und kann in bezug auf Ertrag und Güte als gut bezeichnet werden. Mit der Kartoffelernte ist begonnen worden. Der Ertrag bleibt anscheinend gegen das Vorjahr weit zurück. Stellenweise sind die Kartoffeln sehr angekauft, was auf die langandauernde große Hitze zurückzuführen ist. — Die Herbstserien beginnen am 21. September und enden am 12. Oktober. — Viehzählung. Die am 1. September stattgehabte Schweinezählung ergab: Haushaltungen mit Schweinen 88, Zuchteber 2, Buchstaben 31, alle übrigen 395. Gesamtsumme 428. Kälber wurden im Juni 7, Juli 16 und August 9, zusammen 32 geboren.

Kreis Freystadt.

X Freystadt, 12. September. Vereinswesen. In der Versammlung des Militärvereins referierte der Vorsitzende, Katasteramtsdirektor Mers, über die Arbeitsdienstpflicht in Bulgarien. Zur Besprechung stand das Arbeitsdienstlager der hiesigen Knabenhäuserjugend. Als neuer Vereinsvorsitzender wurde Kamerad Neumann gewählt. — Der Männer-Turnverein trat am Sonntag anlässlich seines Sommerfestes mit einem Schauturnen nebst Wettkämpfen auf den Platz. Besteckungen erzielten von Schindlar, Klausnitzer, Käuper, Küste und Galßen. — Der Familienabend der kath. Kirchengemeinde nahm neben netten Darbietungen der Jugendgruppen einen Vortrag des Pfarrers Schreiber-Grohnen vor. — Die katholische Aktion? entgegen. — Die ehemaligen Artilleristen von Freystadt und Umgegend bildeten bei Kornack ihre Barbara-Feier ab. — Im Rahmen eines ev. Gemeindeabends sprach Dr. Krieger-Berlin über die ärztliche Mission. Gemeinsamer Gesang und Darbietungen des Posauenchors beschlossen die Veranstaltung. — Freiwilliger Arbeitsdienst. Den anderen Jugendgruppen im Arbeitsdienst folgten und fest auch die Organisationen des Reichsbanners und der freien Sportler.

X Herzogswalde, 12. September. Beim Herbstfesten der Schützengilde ging als Herzogskönig Landwirt Walter, als Marzahl Schmiedemeister Thiel hervor.

n. Neustadt, 12. September. Feuerwehr-Führertagung. Im Sonntag fand hier ein Führertag des Kreisfeuerwehrverbandes Freystadt statt. Daraan nahmen etwa 100 Vertreter der zum Kreis gehörenden Wehr teil, auch einige Vertreter aus Nachbarorten. Geleitet wurde die Veranstaltung von Kreisbrandmeister Schornsteinfeuerwehrmeister Abel-Freystadt. — Blitzschlag. Bei dem in der Nacht zu Sonntag über unserer Stadt niedergesunkenen Gewitter schlug der Blitz in einen auf dem Marktplatz stehenden Lindenbaum. Glücklicherweise ist weiter nichts passiert, obwohl der Baum nur etwa 2 Meter vom Grundstück entfernt steht.

Kreis Sprottau.

Sprottau, 12. September. Freiwilliger Arbeitsdienst. Im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes sollen etwa 30 Jugendliche auf dem Exerzierplatzgelände bei Wittgendorf zwei etwa 4 Meter hohe Hindernisberge im Abstand von 50 Metern mit einer Kronenbreite von einem Meter aufwerfen.

Kreis Sagan.

m. Naumburg (Bober), 12. September. Stahlhelmabend. Am 10. d. M. war von der Kreisgruppe Sagan des Stahlhelmverbands ein Appell und Werbeabend im Gasthof "Zum Hirten" veranstaltet worden. Erzielten waren Kameraden der Ortsgruppen Sagan, Hirschfeldau, Niedergorre und Großreichenau, auch Gäste aus Naumburg. Kreisgeschäftsleiter Körb. Wilska hielt nach Begrüßung einer Vortrag über Leben und Taten des Stahlhelmverbands, sowie über seine Erfolge und Erlebnisse bei den Frontsoldaten in Koblenz, Breslau und besonders in Berlin. Hierauf wurde mit der Gründung einer Ortsgruppe Naumburg Anfang gemacht. Die eigentliche Gründung soll im Oktober stattfinden. — m. Berlehs-Transparent. Das schon vor längerer Zeit vom VDAG geplante leuchtende Transparent an der Straßenkreuzung beim Bahnhofshotel ist inzwischen zur Aufstellung gelangt.

Aus anderen Kreisen Schlesiens.

Wieniż, 12. September. Staatsminister a. D. Dominius, der 1. Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft, auch Vorsitzender des Deutschen Lustfahrt-Verbandes, traf am Sonnabend hier ein und nahm verschiedene Besichtigungen in sportlicher Hinsicht vor. Er äußerte sich außerordentlich anerkennend und befriedigt über die hier gewonnenen Eindrücke und über die Errichtungen für Turnübungen und Sport jeder Art.

Goldberg, 12. September. Zur Landung des französischen Ballons. Der Besuch des in Nieder-Saarpersdorf niedergegangenen französischen Freiballons sind vom Landrat Röhrig ausgestellt worden und von der Polizei stand darauf der Entlassung der Besatzung nichts mehr im Wege. Sie hat sofort die Rückreise nach Paris angetreten. Der Ballon hat an einer Wettfahrt des französischen Aeroklubs teilgenommen. Da man beim Start des Ballons auf Grund der Windverhältnisse angenommen hatte, daß die Fahrt auf belgisches Gebiet führen würde, waren die Pässe der Besatzung nicht mit dem für eine Fahrt nach Deutschland notwendigen Visum versehen.

Saynau, 12. September. Ein Landjäger beschossen. In vergangener Nacht ist Oberlandjäger Hill aus Göllschau von unbekannten Tätern durch einen Schuß ins Bein schwer verletzt worden. Er befand sich auf der Heimfahrt von Vorhause. Als er in der Nähe des Dominiums vorbeifuhr, bemerkte er, daß aus einem Strohschober verdächtiges Licht aufblitzte. Er bestieg den Strohschober, und als er seine Taschenlampe aufleuchtete sah, daß die in dem Schober befindlichen Lente antrieb, fielen fünf Schüsse, von denen einer ihn am Bein traf. Der Landjäger erwiederte sofort das Feuer. Er konnte sich noch mit seiner Verwundung bis zur nächsten Siedlerstelle schleppen, wo er um Hilfe rief. Diese wurde ihm aber aus Angst vor den Verbrechern versagt. Ein Fleischermeister aus Vorhause hatte die Schüsse gehört, fand den verletzten Landjäger und sorgte für seine Überführung ins Krankenhaus. Die aufgenommene Abhandlung nach den Tätern verlief bisher erfolglos. Man glaubt, daß es sich um Schwerverbrecher handelt.

Schmiedeberg, 12. September. Neuer Weg zur Schneekoppe. Von hier aus ist ein neuer Weg zur Schneekoppe freigegeben worden. Dieser führt zunächst zur Tannenbaude, dann über die Forstbuden zur Emmaquelle und von dort zum Schneekoppenweg. Der neue Weg führt nur über deutsches Gebiet. Besonders die Strecke Forstbuden-Tafelsteine bietet schöne Aussichten. Die erforderlichen Geldmittel zum Ausbau des Weges müssen aber erst beschafft werden.

Breslau, 12. September. Luftschauübung. Im Breslauer Flughafen fand Sonntag nachmittag zum ersten Male eine Luftschauübung des Luftschauverbandes Schlesien unter Teilnahme der Breslauer Behörden und Leitung des Polizeipräsidenten statt.

zwischen dem Reichskommissar für die Osthilfe, den Düngeindustriellen, sowie den Organisationen des Handels und der Genossenschaften hat kürzlich eine Aussprache bezüglich der Herbstlieferungen von Düngemitteln an Sicherungsbetriebe stattgefunden.

Dabei wurde vereinbart, daß die Sicherungsbetriebe bezüglich der Belieferung und der Kreditineinräumung genauso zu behandeln sind, wie die freien Betriebe. Nach den Erklärungen des Reichskommissars werden die von den Sicherungsbetrieben anlässlich der Herbstlieferung eingegangenen Verbindlichkeiten auf keinen Fall in ein schwebendes Umschuldungsverfahren bzw. in eine eventuell noch erfolgende Umschuldung einbezogen werden. Sollten wider Erwarten solche neuen Forderungen notwendig werden, so ist der Schild — genau so wie bei den freien Betrieben — durch Eingriff in das bewegliche Vermögen des Betriebes betriebsfähig. Falls notwendig, können von den Sicherungsbetrieben für vorzunehmenden Herbstlieferungen die gleichen Sicherheiten verlangt werden, wie von den freien Betrieben.

Bei Inanspruchnahme des Wechselredits müssen mit den einzureichenden Wechseln nach wie vor Treuhänderreversen beigebracht werden, da die Gewissheit, daß der Treuhänder von den eingegangenen Wechselverbindlichkeiten Kenntnis hat, die Unterbringung des Wechsels erleichtert. Es ist selbstverständlich, daß die leisigen Forderungen an Sicherungsbetriebe der Aussallgarantie teilhaftig sind. Die Treuhänder sind wie bisher verpflichtet, die für die Einräumung neuer Kredite erforderliche Aufklärung über den finanziellen und wirtschaftlichen Stand des betreffenden landwirtschaftlichen Betriebes zu geben.

Der Reichskommissar wird durch die vorgesetzten Landstellen den Treuhändern noch besonders klarlegen, daß der ordnungsmäßigen Wirtschaftsführung des betreuten Betriebes, die nach pflichtgemäßem Erkennen zu erfolgen hat, auch die Sorge um die Beschaffung einer ausreichenden Herbstförderung gehört. Der Reichskommissar wies darauf hin, daß die schwebenden Umschuldungsverfahren mit größter Beleidigung durchgeführt und zum größten Teil noch in diesem Jahr abgeschlossen werden würden. Er betonte, daß eine Belieferung der Sicherungsbetriebe besondere Risiken nicht in sich schließt, da die den Betrieben durch die Umschuldung zugesetzten bzw. noch zuliegenden Betriebsmittel die Abwicklung der neuen Verbindlichkeiten sowie eine gesicherte Weiterführung der Betriebe gewährleisten. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Reichskommissar auf das bestimmteste, daß in Umschuldungsfällen Forderungen aus diesjährigen Düngemittelforderungen keineswegs mit Entschuldungsschreiben abgedeckt werden dürfen, sondern daß vielmehr diese Forderungen in bar gezahlt werden müssen.

Die Reichsregierung hat auch für das Rechnungsjahr 1932 wieder Mittel zur Ermöglichung einer Senkung der Realsteuern im Ostsegebiet bereitgestellt. Sie kommt denselben Städten und Kreisen wie im Vorjahr zugute; auch die Senkungsgröße und der Beitrag der Reichshilfe sind die gleichen geblieben.

Die Verordnung über Zolländerungen vom 7. September, von der dieser Stelle schon berichtet worden ist, hat folgenden Wortlaut:

§ 1.

Der nach näherer Anordnung des Reichsministers der Finanzen nachgewiesene Bezug von 1 Doppelzentner im Inland erzeugten, gekennzeichneten Roggens oder von 1 Doppelzentner im Inland erzeugter Gerste zur Viehfütterung unter Zollförderung zum Zollfass von 4 RM. Der im Inland erzeugte, gekennzeichnete Roggen oder die im Inland erzeugte Gerste ist von der Deutschen Getreide-Handels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin B. 85, Postdamer Str. 80) zu beziehen.

§ 2.

Die Bestimmung in § 1 Abs. 3 der Verordnung über Zolländerungen vom 12. Dezember 1931 (RGBl. I S. 761) tritt mit der Maßgabe außer Kraft, daß die auf Grund dieser Bestimmung erworbenen und noch nicht geltend gemachten Ansprüche ihre Gültigkeit behalten.

(Der in § 1 Abs. 3 der Verordnung über Zolländerungen vom 12. Dezember 1931 enthaltene, jetzt außer Kraft gesetzte Abschnitt besagt, daß der nachgewiesene Bezug von 1 Doppelzentner Kartoffelflocken zur Einführung von 3 Doppelzentner Gerste zur Viehfütterung unter Zollförderung zum Zollfass von 4 RM. und daß der nachgewiesene Bezug von 1 Doppelzentner im Inland erzeugter Gerste zur Einführung von 2 Doppelzentner Gerste zur Viehfütterung unter Zollförderung zum Zollfass von 4 RM. berechtigt. Kartoffelflocken und Gerste mußten von der Deutschen Getreide-Handels-Gesellschaft bezogen sein. § 2 der oben im Wortlaut wiedergegebenen neuen Verordnung will die auf Grund dieser Bestimmung erworbenen und noch nicht geltend gemachten Rechte sichern.)

Die Pläne wegen der Einfuhrkontingentierung für Agrarerzeugnisse sind, wie wir erfahren, noch nicht fertiggestellt; endgültige Entscheidungen werden voraussichtlich in einer Kabinettssitzung gegen Mitte dieser Woche fallen; erst dann sollen die Verhandlungen mit den beteiligten Handelsvertragsländern aufgenommen werden.

Namslau, 12. September. Kreissparkasse erwarb Dominium. Vor dem Landgericht Bernstadt wurde das Dominium Lampersdorf, Kreis Döls, Besitzer Hans Otto Baron von Stosch in Namslau, auf dem Wege der Zwangsversteigerung versteigert. Es ging für 575 500 RM. an die Kreissparkasse Namslau.

Gogolin, 12. September. Raubüberfall. Nachts drangen drei bewaffnete junge Leute in das Anwesen des Händlers Stroka. Die Eheleute, im Schlaf überrascht, wurden von den Banditen an Händen und Füßen gefesselt. Nach langeren Misshandlungen verrieten die Eheleute den Aufbewahrungsort von 45 RM. Dieser Betrag hat aber offenbar Nährern nicht genügt. Sie drangen noch in die Wohnung der im 1. Stock wohnenden Witwe Eike ein, mißhandelten sie und brachten sie, ebenfalls gefesselt, zu dem Ehepaar Stroka. In der Wohnung der Witwe erbeuteten die Einbrecher 250 RM. Die Räuber entfamen unerkannt. Unter dem dringenden Verdacht, an dem Raubüberfall beteiligt zu sein, wurde später der Arbeitslose Rockstein aus Gogolin verhaftet.

Natibor, 12. September. Tödlicher Ausgang eines Geschwisterstreites. In Kravorn (hülscher Ländchen) kam es zu Streitigkeiten zwischen dem 57jährigen Invaliden Langer und seiner 60 Jahre alten Schwester, die einen gemeinsamen Haushalt führten. Im Verlauf der Auseinandersetzung hatte Langer, wie die Untersuchung ergab, seiner Schwester die Brust aufzuprengen versucht und dadurch ihren Tod herbeigeführt.

Gleiwitz, 12. September. Nationalsozialistischer Untersuchungsgesangener geflüchtet. Wie die Polizeipräfektur mitteilt, ist am Sonntag zwischen 2 und 3 Uhr der Führer der NSDAP, Bernik, der als Untersuchungsgesangener im Groß-Strelitzer Krankenhaus sich einer Operation unterzogen sollte, aus diesem während der Besuchzeit geflüchtet. Er ist mittels eines Personenkraftwagens mit informierten Nationalsozialisten nach unbekanntem Ziel gefahren.

Benthen O.S., 12. September. Oberbürgermeister an den Bund der Saarvereine. Oberbürgermeister Dr. Knabre hat an den Bund der Saarvereine folgendes Schreiben gesandt: "Aus Anlaß der großen Kundgebung für das abgetretene Saar- und Pfälzgebiet am Deutschen Eck in Koblenz sendet die in der südlichsten Ecke des Deutschen Reiches gelegene Stadt Benthen in Schallsverbundheit mit den Schwester- und Brüder im abgetrennten Saar- und Pfälzgebiet treudeutsche Grüße.

Polnisch-Oberschlesien.

Katowitz, 12. September. Die Toten vom Richtofen-Schacht. Die Bergungsarbeiten auf dem Richtofen-Schacht, die sich äußerst schwierig gestalteten, da eine neue Strecke von etwa 20 Meter Länge gefahren werden mußten, um an die Leichen heranzukommen, sind Montag früh beendet worden. Nachdem bereits am Sonnabend zwei Leichen geborgen worden waren, sind die beiden letzten Verstütteten am Montag geborgen worden.

Aus der Provinz Brandenburg.

Kreis Züllichau-Schwiebus.

-v. Züllichau, 12. September. Opfer eines Raubaktes. Wie bekannt, hatte ein Kaufmann Becker in Halle (Saale) einen Arzt während der Sprechstunde durch 4 Schüsse getötet. Hierauf fuhr der Mörder nach Duisburg und suchte

den aus Züllichau stammenden Goldschmied Buchholz auf. Nach kurzem Wortwechsel gab er auf diesen ebenfalls mehrere Schüsse ab, welche ihn tödlich niederschlugen. Buchholz ist weit als Künstler in seinem Fach bekannt und hat mehrfach bei Ausstellungen und Wettbewerben Preise und Ehrenurkunden erzielt. Er war erst seit etwa 6 Wochen verheiratet. Der Mörder wurde verhaftet. Nach seinem Geständnis hat er die beiden Opfer, wie vor ca. 5 Jahren schon seine Frau, aus Eifersucht getötet, weil er vermutete, daß beide damals Beziehungen zu seiner Frau unterhalten haben. Den schwer geprüften Eltern, die einen hoffnungslosen Sohn, sowie der Gattin, die nach mir schwächlicher Ehe ihren Mann verlor, wird allgemeine Teilnahme entgegengebracht. — Fabrikneubau. Der Bürstenwarenfabrikant Müller erbaut auf dem ehem. Edtmann'schen Grundstück an der Bahnhofstraße ein neues Fabrikationsgebäude. — Gymnastikappelle im Radio. Die hiesige Gymnastikappelle beteiligte sich am Sonntag in Berlin an dem von dem Verein für das Deutschtum veranstalteten Fest der Deutschen Schulen im Stadion zu Berlin. Die Musikkorpsabteilungen der Schülerappellen wurden im Rahmen der Veranstaltung durch Rundfunk übertragen. — Einquartierung. Nach Mitteilungen wird unsere Stadt etwa 900 Unteroffiziere und Mannschaften als Einquartierung erhalten. Falschgold! Ein hiesiger Geschäftsmann erhielt von einem Kunden ein falsches Einquartstück. Er lieferte es auf der Polizei ab, wo es beschlagnahmt wurde.

Kreis Grossen.

Grossen, 12. September. Rittergutsbesitzer Fournier. Heute früh verschwand nach schwerem Leid der Rittergutsbesitzer Fritz Fournier in Lohwitz im Alter von 65 Jahren. Bei der Kreisverwaltung hatte der Verstorbene, wie es in dem ihm gewidmeten ehrbaren Nachruf des Kreisaußenausschusses heißt, Jahrzehntelang die höchsten Ehrenämter bekleidet.

Aus anderen Kreisen Brandenburgs.

Görlitz, 12. September. Spinales Kinderlähmung. In einigen Dörfern des Kreises Calau sind in der letzten Zeit zahlreiche Fälle von spinaler Kinderlähmung aufgetreten. Es sind bis jetzt 5 Görlitzer zu verzeichnen. Die Schule in Wüstenhain ist geschlossen worden. Weitere Schulschließungen sollen angeordnet werden. — Auch in Görlitz sind 2 leichte Fälle spinaler Kinderlähmung festgestellt worden. Die Überführung der Kinder in das Krankenhaus und in strengste Absonderung ist veranlaßt.

Aus der Grenzmark Posen-Westpreußen

(i) Schussenre, 12. September. Der Männergesangverein hatte im Vereinslokal Meißner eine Versammlung. Es wurde beschlossen, im November einen Werbeabend zu veranstalten. Es sollen Theaterstücke, Completis usw. eingeübt werden. — Der Fahrtverein "Wanderlust" hielt gestern bei Meißner eine Versammlung ab. Wie alljährlich so soll auch in diesem Jahre eine Radweltfahrt stattfinden. — Die Gemeindevertreter des Distrikts Schussenre kamen gestern zu einer Konferenz zusammen.

Schneidemühl, 12. September. Grenzmark-Kundgebung des Gewerkschaftsringes. In Anwesenheit der maßgebenden Behörden der Grenzmark Posen-Westpreußen fand am Sonntag hier eine große Grenzmark-Kundgebung der freiheitlich nationalen Arbeitnehmer im Gewerkschaftsring statt. Der stellvertretende Führer des Gewerkschaftsringes, Bundesführer Gustav Schneider, sprach über die soziale Staatsidee.

Volkswirtschaft

Bericht zum heutigen Berliner Schlachtviehmarkt

Mitgeteilt von der Firma Krebs u. Sponholz.

Berlin, 13. September. **Rinder:** Auftrieb 1449, Preis 11—32; **Kälber:** Auftrieb 2163, Preis 22—52; **Schafe:** Auftrieb 4773, Preis 14—31; **Schweine:** Auftrieb 4512, Preis vollfleischig 240—300 Pfund 44—45, vollfleischig 200 bis 240 Pfund 42—44, vollfleischig 160—200 Pfund 40—42, vollfleischig 120—160 Pfund 36—38; **Sauen:** Preis 41.

Das Geschäft am heutigen Berliner Schlachtviehmarkt verlief bei den Rindern und Kälbern bei gleichbleibenden, bei den Schweinen und Schafen dagegen bei etwas ruhigeren Preisen ruhig.

Amtliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 12. September 1932. In der Börse im Großhandel gezahlte Preise für volle Wagenladungen (Dessäaten in kleinen Mengen) in Reichsmark, bei sofortiger Bezahlung. Nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis.

Täglich amtliche Notierungen.

Getreide	12. 9.	10. 9.
100 kg	100 kg	
Weizen (scheit), neu, Hestolitergewicht von 76 kg gut, gesund und trocken	21.70	21.70
do. 74 kg, gut, gesund und trocken	21.40	21.40
do. 72 kg, gesund und	20.90	20.90
do. 70 kg, gesund und	20.20	20.26
do. 68 kg, trock. für Müllzwecke verwendb.	19.60	19.60
Roggen (scheit), neu, Hestolitergewicht von 71 kg gesund und trocken	16.60	16.60
do. 69 kg, gesund und trocken	16.20	16.20
Hafer, mittlerer Art und Güte	13.80	13.80
Braunerste, feinste	19.50	19.50
gute	18.50	18.50
Sommergerste, mittlerer Art und Güte	17.10	17.10
Industriegerste, 65 kg	16.80	16.80
Wintergerste, 61—62 kg	16.10	16.10

Die Preise verstehen sich per 1000 Kilogramm waggonfrei Breslau in 15 Tonnenladungen.

Tendenz: Ruhig.

Zeitgesetze in Getreide und Mehl

Erfüllungsort Breslau. Lieferung ab Waggons, vom Kähne oder vom Speicher. Preise in Reichsmark: für Getreide pro 1000 kg, für Mehl pro 100 kg Brutto.

Lieferung im Monat	Weizen	Roggen	Hafer	Roggenmehl	nach Typen	12. 9. 10. 9.	12. 9. 10. 9.
	Normalgew.	Normalgew.	Normalgew.	nach Typen			
Septbr.	755 g	712 g	475 g	60 %			
	für das Elter	für das Elter	für das Elter				
	12. 9. 10. 9.	12. 9. 10. 9.	12. 9. 10. 9.	12. 9. 10. 9.			
Octbr.	213 G	214 G	165 G	166 G	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—
	214 G	215 G	167 G	168 G	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—
Dezbr.	216 G	217 G	169 G	170 G	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—
März	221 G	222 G	173 G	174 G	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—

Wiedersehen mit Giota.

Roman von Frank F. Braun.

[8]

Gegen vier Uhr trat Harry in den Garten; es lag schon eine milde Dämmerung über dem Hafen. In der Ferne begann ein rotvioletter Streifen Himmel und Wasser zu scheiden. Schilzach sah sich noch einmal um, prägte Haus, Garten, Tür und Fenster dem Blick ein. Das alles sollte vor ihm stehen, wenn er allein war. Einen Augenblick war der Wunsch da, noch einmal das Zimmer zu betreten, Giota zu bitten, ihm nachzuwinken, daß dies Bild vollständig wäre, — aber er verwies sich. Das wäre unsinnig. Giota war gegen Morgen in einen leichten Schlaf gesunken. Er hatte sie auf den Diwan gebettet und ihr zugegedet, einzuschlafen. Er blieb bei ihr. Da hatte sie seine beiden Hände festgehalten und war wirklich ein bisschen eingeschlafen. Er hatte gewartet, sie angesehen, dies Gesicht, in dem er jeden Zug liebte. Als dann eine Turmuhr schlug und ihn an die Zeit erinnerte, hatte er sich seine Hände freigemacht. Einmal noch hatte er sie auf den Mund geküßt. Ihr Lächeln war aus diesem Traum gekommen. Da hatte er sie nicht geweckt, sondern war gegangen.

Er kehrte nicht um. Mit Willensanstrengung riss er sich los und schritt zur Gittertür, trat auf die Straße. Er vergaß, die Gittertür festzuhalten, sie schlug hallend hinter ihm ins Schloß. Er wartete. War Giota erwacht? Dann hatte es so sollen sein! Sein Herz wünschte, daß sie käme, die Hand habe und ihm zuwinken, oder ihn noch einmal zurückrufen; sein Verstand belächelte solche Hoffnung. Giota schlief. Schlaf war nötig. Und der Verstand behielt recht. Das Klirren der Gartentür war nicht laut genug gewesen, Giotas Schlaf zu stören. Sie lag mit einem Lächeln um den Mund, so wie er sie verlassen hatte. Sie war im Traum noch bei ihm, oder er war bei ihr. Sie schlief und wußte nicht, daß sie schon verlassen war.

Als er unten bei der Mole anlangte, war der Griechen noch nicht auf. Aber er brauchte den Mann, denn er befand den Schlüssel zu dem Ketteneschloß, an dem sein Boot festgelegt war. Ohne Halt, denn noch hatte er es nicht eilig, löste er das Fahrzeuge, ließ den Schlüssel im Schloß liegen und bestieg sein Boot. An der gemauerten Mole entlang trieb er es mit langen Ruderstößen, drehte an der Spitze der Steinmauer geschickt bei, denn hier machte sich die Stromung des offenen Wassers bemerkbar, und nahm Kurs auf die „Santa Maria“, die drüber am Nordkai lag.

Als er aber bei dem großen englischen Frachtdampfer vorbeikam und scharf an dessen Bug vorüberstieß, als er freien Ausblick hatte auf die Nordkaihäfen, sah er die „Santa Maria“ nicht. Sie war verschwunden. Wie denn, abgefahren ohne ihn? Das war doch nicht möglich!

Er zog die Ruder ein und saß eine Weile still. Das Boot trieb jetzt genau an der Stelle, wo die „Santa Maria“ hätte ankern müssen. Wohin war sie verschwunden? Das Wasser bewahrte keine Spuren.

Er dachte: wenn der Alte sich gestern abend an Land eine Order geholt hat, wenn er wirklich noch in der Nacht abgedampft ist — — Sein Kopf begann zu schmerzen. Möglich war das alles, es war sogar gut denkbar. Der Alte kehrte an Bord zurück. Er befiehlt die Abfahrt. Maschinendienst hat der zweite Ingenieur. Es lag kein Grund vor, Schilzach zu wecken. Denn es nehmen ja alle an, er liegt in seiner Kajüte und schlafet. Alle denken das? Der Erste Offizier hatte vorgezogen, zu schweigen. Warum? Man kann in keinen Menschen hineinsehen.

Es gab einen leichten Anprall. Das Boot war gegen den englischen Dampfer getrieben und hatte schrammend angestoßen. Schilzach griff mechanisch zu den Rudernd und stieß es wieder ab. Was um Himmels willen sollte er jetzt anfangen? Er tat ein paar unsichere Ruderstöße. Immerhin entfernten sie ihn einige Meter von der hohen Wand des Engländer. Als er auffaßt, erkannte er einen Mann, der dort oben an der Leine stand.

Der Engländer zog das Fernglas ab. Er tippte an den Mundrand. „Gehören auf die „Santa Maria“ wie?“, und als Schilzach nickte: „Pech, zehn Minuten zu spät, scheint mir. Die „Santa Maria“ dampft eben hinter der Kaimauer beim Leuchtturm ins freie Wasser. Sie fährt langsam, es scheint fast, als zögerte sie noch. Vielleicht vermisst man Sie schon?“

Schilzach starnte den Mann an. „Ich kann nicht mit diesem Boot hinterherfahren“, sagte er gereizt, „zehn Minuten oder zehn Stunden, die „Santa Maria“ ist fort!“

Der Engländer, da er Antwort in seiner Sprache bekam, begann sich stärker für den Fall zu interessieren. „Es gibt eine Möglichkeit“, rief er herunter und wies mit der ausgestreckten Hand die Richtung. „Auf der Kaimauer bis zum Leuchtturm. Sie sparen den Bogen um das Kap, den das Schiff eben nimmt. Beim Leuchtturm das Boot des Wächters nehmen und in die See vorstoßen. Es kann glücken, daß man Sie an Bord Ihres Dampfers bemerkt und beidreht, um Sie aufzunehmen. Ich würde dafür sorgen, daß der Leuchtturmwächter dieses Boot, das Sie zurücklassen, bis zur endgültigen Regelung bekommt.“

„Danke! Auf später. Wir sehen uns einmal wieder. Sie fahren ja auch im regelmäßigen Dienst!“ Schilzach rief die Worte, während er schon auf die Kaimauer zuhielt. Der Brite winkte; dann beobachtete er Schilzachs Verschwinden. Er sah den Mann auf der Mauer entlanglaufen, sah, wie er das Boot des Leuchtturmwächters stotterte und hinausstieß in die See. Er wandte sich ab. Aber von der Kommandobrücke rief ihn jemand an. „Clifton“, sagte der Kapitän, „was Sie dem Burschen erzählt haben, stimmt nicht. Ich müßte mich sehr irren, wenn der Dampfer dort draußen, den Sie für unsern Nachbarn gehalten haben,

Differenzen bei der Elbenschiffahrt.

Berlin, 12. September. Zu Differenzen bei der Elbenschiffahrt, die sich daraus ergeben haben, daß die Hamburger Firma Behnke u. Mewes sich als einzige Firma von dem Zusammenschluß der Firmen der Elbenschiffahrt ausgeschlossen hat, erahnen wir aus Kreisen, die dem Reichsverkehrsministerium nahestehen, daß in diesem Ministerium eine neue Verordnung geplant ist, wonach die rechtliche Seite derartiger Zusammenschlüsse gefällt werden soll, und zwar in der Form, daß derartige Zusammenschlüsse in Zukunft Körpergesellschaften des öffentlichen Rechts werden sollen. Ein vom Hamburger Landgericht in der Angelegenheit der Firma Behnke u. Mewes ergangenes Urteil ist von einem Teil der Berliner Presse insofern mißverständlich bewertet worden, als davon die Rede ist, daß der Standpunkt der Firma vom Gericht bestätigt worden sei. Dies ist nicht der Fall. Die Firma hat mit ihrer Ansicht vor dem Hamburger Landgericht nicht Recht bekommen. Die Behörden werden unabhängig von der erwarteten Verordnung die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um den Zusammenschluß in der Elbenschiffahrt zu sichern. U. a. sollen auch die Dauerausweise der Firma, die zur Fahrt berechtigen, eingezogen werden.

Wilder Speditionsarbeiterstreik in Berlin.

Berlin, 12. September. Ein Streik in den Verfolgerbetrieben, der am Sonnabend durch Arbeitsniederlegung der Belegschaft der Berliner Rollgesellschaft ausgebrochen war, hat heute eine weitere Ausdehnung erfahren, so daß sich bisher etwa 600 bis 700 Speditionsarbeiter, also etwa zwei Drittel der Beschäftigten, der Ausstandsbewegung angeschlossen haben. Bei dem Streik handelt es sich um eine wilde Aktion, die sich gegen ein neues Lohnabkommen richtet. Die bestreiten Betriebe haben polizeilichen Schutz erhalten.

Gewinnauszug

5. Klasse 39. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr

Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je eine auf die Lotte gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

30. Ziehungstag

12. September 1932

In der heutigen Schluf-Ziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 1000 M. und 2 Preämien zu 500000 M. auf Nr. 341978

Gerner siehe:

2 Gewinne zu 50000 M. 157099
6 Gewinne zu 5000 M. 88199 158593 329640
12 Gewinne zu 3000 M. 12602 74804 85000 107613 214401 340125
26 Gewinne zu 2000 M. 1923 27714 88108 105982 105983 135670
147894 155984 251121 301231 80966 325292 339700
40 Gewinne zu 1000 M. 6519 7814 13621 14397 32602 53758 56179
57823 68708 104433 115319 163471 191872 271482 282843 303610
328891 336893 366234 386479
72 Gewinne zu 500 M. 567 1212 29465 31835 37265 47909 655983
81277 138457 138788 15912 162617 173397 194552 202156 211056
218501 218783 250182 251264 254247 262676 280839 281333 294753
305096 306479 309420 314375 317444 323293 332869 348909 353924 363791 384677

Schlupprämien.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei Prämien zu je 3000 M. gefallen, und zwar je eine auf die Lotte gleicher Nummer in den Abteilungen I und II:

13408 46034 58592 103139 108836 115903 118802 122874 129077
131960 134561 135180 140432 144457 158141 161136 165029 172364
175566 184376 194701 201984 222257 229113 231002 249234 255561
268698 271949 273347 275182 277629 281969 282078 292256 299792
305096 306479 309420 314375 317444 323293 332869 348909 353924 363791 384677

Die Ziehung der 1. Klasse der 40. Preußisch-Süddeutschen (266. Preußischen) Staatslotterie findet am 21. und 22. Oktober 1932 statt.

nicht ein Griechen ist. Die „Santa Maria“ ist meiner Meinung nach schon in der Nacht ausgelaufen. Aber lassen Sie das Boot holen und zum Leuchtturm bringen. Sie haben es ja nun einmal verprochen.“ Clifton, Dritter Offizier an Bord der „Manchester“, ging bestürzt hinunter. Er hatte es gut gemeint. Schilzach es zum Hören um?

Schilzach rückte, als ging es um die Seligkeit. Zängt floss ihm der Schweiß in Strömen von der Stirn; das Zeug klebte wie angeleimt am Körper. Zuweilen orientierte er sich mit einem Blick nach vorn. Die „Santa Maria“ war um das Kap herum; sie nahm den nördlichen Kurs; er selber stemmte Nordost. Wenn er Glück hatte, wenn die Entfernung nicht zu sehr täuschten, mußte er im zweiten Bogen so nahe an seinen Dampfer herankommen, daß er bemerkte wurde. Das Boot war schwer. Es war zu

Sport - Spiel - Turnen

Altersstreffen des Nordniederschlesischen Turngaues in Guhrau.

Vom besten Wetter begünstigt hielten die Altersturner des Nordniederschlesischen Turngaues in Guhrau ihr Altersstreffen ab. Mehr als 40 Turner den verschiedenen Altersklassen traten zum Wettkampf an, und heiß wurde um den Sieg gekämpft. Vor allem galt aber die Veranstaltung der Pflege edler turnbrüderlicher Geselligkeit. Nach gemeinsamer Kaffeetafel sprach Thdr. Neumann in Guhrau in einer kurzen Feierstunde und Gauoberturnwart Mohr-Grünberg nahm dann die Siegerehrung vor. Heitere Vorträge und ein gemütliches Beisammensein im Schützenhaus beschlossen die Veranstaltung.

Ergebnisse der Wettkämpfe:

Turner 23-39 Jahre: Konietzki, Tg. Guhrau, 67 P., Bittner, Glogau 1861, 62 P., Kloje, Tg. Neusalz, 62 P., Seifert, ATB. Grünberg, 60 P., Neumann, Tg. Guhrau, 51 P., Schulz, MTB. Freiburg, 49 P., Hoffmann, MTB. Freiburg, 48 P.

Turner 40-44 Jahre: Palutke, Tg. Guhrau, 55 P., Horwig, Tg. Guhrau, 53 P., Sander, ATB. Grünberg, 50 P., Jahn, ATB. Grünberg, 46 P., Berger, Tg. Guhrau, 46 P., Pohl, MTB. Neusalz, 44 P.

Turner 45-50 Jahre: Jähnle, Glogau 1861, 76 P., Jähnle, ATB. Grünberg, 70 P., Hallmann, Tg. Guhrau, 64 P., Käpisch, Tg. Guhrau, 62 P., Hoffmann, MTB. Freiburg, 59 P., Jähnle, Jahn-Benthen, 55 P.

Turner über 50 Jahre: Böhm, Eisenbahn-Grünberg, 80 P., Gintzel, Tg. Guhrau, 67 P., Schiller, MTB. Freiburg, 66 P., Ulrich, MTB. Neusalz, 66 P., Pauli, MTB. Neusalz, 62 P.

4-mal-100-Meter-Staffel: Tg. Guhrau, 58% Sel.

Handball: Komb. Grünberg-Freiburg Sieger.

Turnen: Tg. Guhrau.

Berlin:

(A) Tennis Vorussia-Wacker 04 6:1. (B) Südstern-Minerva 98 0:2. Hertha BSC.-Bewag 6:1.

Südbadenland:

Eintracht Frankfurt-Sportfr. Frankfurt 8:0. VfB. Fürth-Spvg. Fürth 0:1. Spvg. Erlangen-1. FC. Nürnberg 0:4. DSB. München-1860 München (Sbd.) 1:2.

Mitteldeutschland:

Sportfr. Leipzig-Wacker Leipzig 2:4. VfB.-Düb. Leipzig 6:1. Fortuna-Eintracht Leipzig 0:0. Dresdner SC.-Ring Greifing Dresden 1:1. Polizei-National Chemnitz 1:5.

Norddeutschland:

Union Altona-Hamburger SV. ausgespielt. Eintracht Flensburg-Holstein Kiel 0:0, abgebrochen.

Westdeutschland:

(A) Blau-Weiß Köln-Köln-Sülz 07 1:2. (B) VfL Hörde-Schalke 04 0:5.

Ballenverband:

Prussia Samland Königsberg-Hindenburg Allenstein 1:2. VfB. Königsberg-Tilsiter SC. 1:1.

Handball

Meisterklasse: ATB. Grünberg-MTB. Freiburg 5:4 (1:0); Jahn-Wittschau 1-Jahn-Benthen 6:1 (3:1); Jahn-Wittschau II-ATB. Hermsdorf 5:3 (3:1).

*

Sportfreunde 1. Damen-ATB. 1. Damen 2:2 (0:2).

Wieder einmal trafen sich obige Gegner zum Freundschaftsspiel. Für die Sportfreunde-Damen galt es ganz besonderes zu zeigen, um die leicht erlittene Niederlage zu machen. Es gelang ihnen, zumal sie als Sturmführerin eine neue gute Kraft zur Verfügung hatten.

ATB. kommt kurz nach Beginn zur 1:0-Führung. Dieses Tor musste verhindert werden. Unentnützt greifen jedoch die Sportlerinnen an. Die Sturmführerin und Mittelflau sind am aktivsten. Gutgemeinte Torwürfe werden

von der Torfrau gehalten oder gehen knapp daneben. Auf und ab rollt der Kampf. ATB. gelingt ein 2. Tor. Nun tritt die ersehnte Partie ein. Bald danach holen Sportfreunde ein Tor auf. Der Angriff rollt gut, die Außenspieler werden bedient und bald ist der Ausgleich von der rechten Seite geschossen. Schärfer wird die Spiel, ja zeitweise recht hart, denn jede Partei kämpft um den Sieg. Doch der Schlusspfiff beendet das Treffen. — Das Unentschieden wurde dem Spielverlauf gerecht. Die Damen der Sportfreunde sind wieder spielfertig besetzt und werden in der Verbandsliga recht gut bestehen können. Sie leitete auch dieses Spiel sicher.

Sportfreunde 2. Damen-Reichsbahn-Sportverein 1. Damen 1:0 (1:0).

Eine neugeschaffene Damenhandballelf des Reichsbahn-Sportvereins trat erstmals in Aktion. Ihr Gegner, die 2. Damen der Sportfreunde, musste voll aus sich heraus gehen, um dem Neuling den Sieg abzuringen. Sie spielten erfahrener und ruhiger. Der Torfrau der Eisenbahner verhalf sie oft genug bange Momente, die jedoch recht gut von ihr gemeistert wurden. — Das Spiel verteilt sich auf beiden Seiten, wobei die Eisenbahner sicheres Angriffsspiel zeigen. Es fehlt aber am Torwurf. In der 1. Halbzeit gelingt den Sportfreunde-Damen der einzige Treffer, für die Frau im Tor kaum haltbar. Die Verteidigung der Unterlegenen ist aber jetzt noch besser auf der Hut. Es gelingt beiderseits nichts mehr.

Die Damen vom Eisenbahnsportverein lieferten ein recht gutes Spiel und werden bei längerer Spielerfahrung ein nicht zu unterschätzender Gegner unserer beiden Ortsvereine sein. Als Schiedsrichter amtierte Siegle vom V. G. S., der sicher leitete.

*

Deutscher Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Fr. Tsch. Grünberg II-Fr. Tsch. Plothow I 14:8 (5:2).

Die Plothower Mannschaft, welche erst 1 Jahr Handball spielt, hat an Spielstärke erheblich gewonnen, konnte aber gegen Grünberg nicht viel bestehen und unterlag reichlich hoch. Der Schiedsrichter konnte leidlich gefallen.

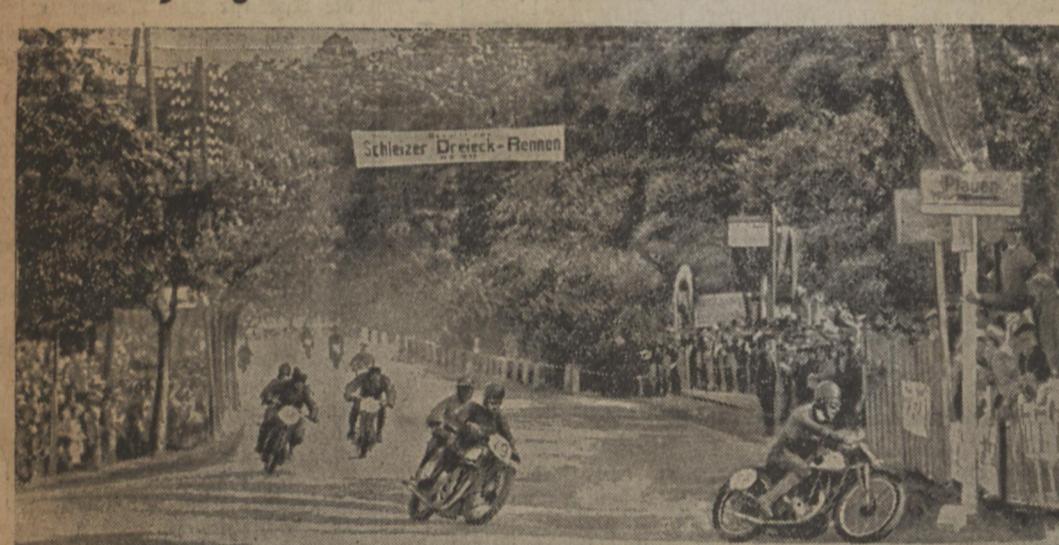
Wien-Grünberg am 25. September in Grünberg.

Unter den Gästen anlässlich des Grünberger Weinfestes werden auch aus Wien Sportler hier weisen. Der Handballabteilung der Fr. Tsch. Grünberg ist es gelungen, eine Nationalmannschaft aus Wien zu einem Handballspiel zu verpflichten. Das Spiel steigt auf dem Stadion an der Süllianer Chaussee. Näheres in den nächsten Tagen. Sch.

Boxen

Der Schmeling-Walker-Kampf wird nicht, wie es ursprünglich hieß, am 19. September stattfinden können, da Walker an einem Karbunkel am linken Arm leidet und um eine Verlegung bis zum 23. September gebeten hat. Manager Jacobs ist auf diese Nachricht hin sofort aus dem Trainingsquartier Schmelings nach New York geeilt, um dagegen zu protestieren. Jacobs behauptet, daß der ganze Trainingsplan seines Schülings auf das ursprüngliche Kampftag aufgebaut worden sei.

Schleizer Dreiecksrennen.



dorf auf BMW. traf erst sechs Minuten später ein, wurde aber dennoch Meister in dieser Klasse vor dem Aachener Weyres.

Rundfunk-Programm für den 14. September 1932.

Königswusterhausen 184 kHz / 1635 m / 60 kW

5.45: Wetter. — 6.00: Gymnastik. — 6.15: Wetter. — 6.20: Frühkonzert des Philharmonischen Bläserbundes. — 9.00: Schulfunk. Ein Großkonzert betreibt 240 Kilometer elektrische Bahnen. Das Großkraftwerk Klingenberg als Kraftquelle der Berliner Stadt- und Ringbahn. — 9.30: Wie gestaltet der laufmännische Angestellte seine Bewerbung erfolgreich? — 10.10: Schulfunk. Wo die Martinis herkommen. Ein Hörbild aus dem Oberbrunn. — 12.00: Wetter. Schallplatten. Von deutscher Art und Kunst. Anjeließend: Wetter. — 12.55: Zeitgeiten. — 1.35: Nachrichten. — 2.00: Schallplatten: Zur Unterhaltung. — 3.00: Jugend-Stunde. Erlebnisse und Abenteuer in Bulgarien. — 3.30: Wetter, Börse. — 3.45: Frauen-Stunde. Neue Ernährungsformen mit praktischen Anregungen. — 4.00: Pädagogischer Fun. Die Stellung des Unterrichtsfachers im höheren Schulwesen: die neueren Sprachen. — 4.30: Nachmittags-Konzert der Hamburger Philharmonie. Von Norddeutscher Rundfunk. — 5.30: Peter Rosegger und die Steiermark. — 6.00: Wertung musikalischer Kunstwerke. — 6.30: Querschnitte durch Zeitschriften. — 6.55: Wetter. — 7.00: Englisch für Fortgeschrittenen. — 7.30: Stunde des Beamten. Beamtengehälter im Inn- und Ausland. — 7.55: Wetter. — 8.00: Lanner-Strauß-Konzert. Konzert des Orchesters J. Holzer. Von Österreichischen Rundfunk. — 9.30: Karl Erb singt. Aus Berlin. — 10.00: Wetter, Nachrichten, Sport. — 10.20: Tanzmusik der Kapelle Bruno Mahnholz.

Breslau 928 kHz / 325 m / 75 kW

6.00: Gymnastik. — 6.20: Frühkonzert des Philharmonischen Bläserbundes. Aus Berlin. — 8.15: Gymnastik für Hausfrauen. — 11.15: Zeit. Wetter. — 11.28: Wetter. — 11.30: Mittags-Konzert des Leipziger Sinfonie-Orchesters. Dirigent: Theodor Blumer. — 1.05: Wetter. Mittags-Konzert des Schlesischen Bläserchors. In einer Pause: 1.45: Zeit. Wetter, Nachrichten. Börse. — 2.45: Schallplatten und Hörspiel. — 3.10: Landwirtschaftliche Preise, Börse, Nachrichten. — 4.00: Eltern-Stunde. Konzerte jungen Elternhaus und Schule. Kinder sind eine Erfindung Erwachsenen. — 4.30: Kammermusik. — 5.15: Romane der Jahrhundertwende. — 5.30: Landwirtschaftliche Preise. Der Verein für das Deutchtum in Auslande in O.S. — 6.10: Die heilpädagogische Erziehung. — 6.35: Hauswirtschaftliche Berufsbildung. — 7.00: Leo Kieslich-Konzert. Zu seinem 50. Geburtstag. — 7.30: Abend-Musik der Breslauer Funk-Kapelle. Hugo Weis. Aus Breslauer Rundfunk.

Sturmschaden am Großsender.

Sturm am Sonntagabend beschädigte die Antenne des Großsenders Rothsfürben. Infolgedessen mußte bis auf weiteres wieder der Sender Kriesten in Betrieb genommen werden. Die Wiederherstellungsarbeiten in Rothsfürben werden voraussichtlich einige Zeit in Anspruch nehmen.

§ Storchen-Tragödie. Durch die furchtbare Hitze in den letzten Wochen, die auch in der Tschechoslowakei herrschte, sind dort, wie „Daily Express“ meldet, Hunderte von Störchen eingegangen. Besondere Autos fuhren durch das Land, um die vor Hunger und Durst halb toten Tiere zu retten. Auch die Bevölkerung beteiligte sich an dem Rettungswerk, und wenn Störche gefunden wurden, die außerdem in der Tschechoslowakei als Glücksträger betrachtet werden, dann brachte man sie zum aufständigen Polizeibüro. Hier wurden die Tiere in kleinen Zellen untergebracht, und Hunderte von Kindern waren täglich auf der Froschjagd, um die geretteten Störche damit zu füttern.

Wasserstand der Oder.

Datum	8 Uhr	mittag	Neheim	Bries	Breslau	Döberitz	Steinau	Glogau	Elster
8 Uhr									
in Metern	Ratibor	Oppeln	Neheim	Bries	Breslau	Döberitz	Steinau	Glogau	Elster
11. 9.	0.72	2.08	-0.78	1.46	1.40	-0.80	0.60	0.60	0.45
12. 9.	0.72	2.10	-0.72	1.34	1.61	-0.72	0.51	0.52	0.44
13. 9.	0.72	2.18	-0.77	1.36	1.50	-0.68	0.55	0.41	0.41

Frankreichs Antwort.

Die Bewährungsfrage an den Völkerbund. — Die Reichsregierung über das weitere Verfahren noch nicht schlüssig.

Die Note, mit der die französische Regierung auf das deutsche Memorandum in der Wehrfrage geantwortet hat, ist am Sonntag in Berlin überreicht worden. Das diplomatische Schriftstück ist recht ansehnlich im Umfang, konzilant in der Form. Die Antwort ist ein Nein. Alle Höflichkeit und diplomatisch artige Darlegung kann dieses nüchterne Nein nicht verdecken. Frankreich will nicht.

So bringt die Antwort — denn wer hat anderes erwartet — keine Überraschung. Sie arbeitet mit längst bekannten Fiktionen, mit Formalien, mit Hinweisen auf Zuständigkeit und Nichtzuständigkeit, kurzum mit dem Kompliment: bitte die nächste Tür ... Diese Tür soll der Völkerbund sein. Aber was soll Genf? Jedes Kind weiß, daß Frankreich und allein Frankreich es in der Hand hat, durch ein mutiges Bekennen zur Vernunft die Entscheidung zu treffen. Alles andere, auch Genf wäre dann nur noch eine Formalie. Aber wird Genf gegen Frankreich die Entscheidung der Vernunft aussprechen und — durchsehen können? Hier ist eine neue Probe auf ein altes Exempel. So gesehen ist Frankreichs Antwort die Bewährungsfrage an den Völkerbund.

Wir werden sehr bald Gelegenheit haben, die Antwort auf diese Frage, auf die — unfreiwilige — Bewährungsfrage, die Frankreich an den Völkerbund gestellt hat, zur Kenntnis zu nehmen. Alsbald versammeln sich der Rat und auch die Vollversammlung. Hier wird Deutschland willkommenen Anlaß nehmen, um vor diesem Forum der Welt noch einmal die klaren Theisen zu verfechten, die in dem Memorandum des deutschen Außenministers ihre knappste Formulierung gefunden haben. Es ist im Grunde genommen nur die eine These von der Gleichberechtigung, aufgebaut auf dem Grundsatz „Gleiches Recht und gleiche Pflicht“, jene These, die sogar anknüpfen kann nicht nur an den Wortlaut des Verhailler Vertrages.

Kein Geringerer als Benito Mussolini, Italiens Ministerpräsident, veröffentlicht eben erst einen Artikel „Deutschland ist im Recht“ und verweist darauf, daß mindestens seit jenen Tagen, wo Deutschland als Mitglied des Völkerbundes aufgenommen wurde, für Deutschland „die Gleichheit der Rechte und Pflichten mit den andern Mächten anerkannt wurde“.

Derjenige ist allerdings ein Phantast, der daran glaubt, daß der Völkerbund Frankreich dazu bewegen könnte, seine Rüstung dem im Verhailler Vertrag festgelegten deutschen Status anzugeleichen. Aber das ist eben die Bewährungsfrage an den Völkerbund.

Zu der Note der französischen Regierung konnte, wie eine Berliner Meldung besagt, von der Reichsregierung noch nicht abschließend Stellung genommen werden, weil die wichtigen Ereignisse der letzten Tage die erforderliche eingehende Prüfung nicht gestatteten. Aber der Eindruck besteht, daß diese Antwort nicht geeignet ist, die Weiterführung der Frage der Gleichberechtigung zu fördern.

Sollte sich bei genauerer Prüfung ergeben, daß der Tatbestand für eine weitere Beteiligung Deutschlands an der Abrüstungskonferenz mit dieser französischen Antwort nicht gegeben ist, so würde die angekündigte Konsequenz schon gegenüber dem am 21. 8. M. aufzutretenden Büro der Konferenz gezogen werden. Auch dann freilich würde Deutschland die Arbeiten der Abrüstungskonferenz mit dem größten Interesse verfolgen; denn es wäre denkbar, daß die Abwesenheit Deutschlands von dieser Konferenz als ein Symptom für den Ernst der Aufgabe fördernd auf den Willen zu deren Lösung einwirken könnte. Da Deutschlands Ziel die wirkliche Abrüstung ist, so würde das auf richtig begrüßt werden.

Mussolini über die Berechtigung der deutschen Forderungen.

Der „Berliner Börsenkurier“ veröffentlicht unter der Überschrift „Deutschland ist im Recht“ einen Artikel Mussolinis, in dem der italienische Regierungschef zu der deutschen Gleichberechtigungsforderung Stellung nimmt. Er führt u. a. aus:

„Das bedeutendste Ereignis in der internationalen Politik ist zur Zeit der offizielle Schritt der Deutschen Regierung in England, Frankreich, Italien und bei den kleineren Staaten: Die Anmeldung des deutschen Anspruches auf gleiches Recht auf dem Gebiete der militärischen Rüstungen.“

Diese Forderung ist bereits in Interviews und anderen Auszügen des Generals von Schleicher erhoben worden, der immer mehr in den Vordergrund zu treten scheint und offensichtlich ein Mann von bemerkenswerter Entschlusskraft wie überhaupt die stärkste Persönlichkeit des Kabinetts Papen ist.

Mussolini stellt dann fest, daß an dem Tage, da Deutschland als Mitglied des Völkerbundes aufgenommen wurde und — wie das entsprechend der Bedeutung Deutschlands war logisch war — sofort einen dauernden Sitz im Völkerbundsrat erhielt, eine neue Lage entstand. Im selben Augenblick wurde für Deutschland die juristische Gleichheit anerkannt, nämlich die Gleichheit der Rechte und Pflichten mit den anderen Mächten.

Dann kam, fügt der Artikel fort, Locarno, wo Deutschland und Frankreich die Unterstützung und die Garantie Englands und Italiens erhielten. Diese Garantie — die dann für den Fall eines französischen Angriffes auf Deutschland war logisch war — sofort einen dauernden Sitz im Völkerbundsrat erhielt, eine neue Lage entstand. Im selben Augenblick wurde für Deutschland die juristische Gleichheit anerkannt, nämlich die Gleichheit der Rechte und Pflichten mit den anderen Mächten.

Aber in demselben Locarnoer Vertrag war die Abrüstung Deutschlands nur als Einleitung zu einer allgemeinen Senkung des Rüstungsstandards auf die Ebene des deutschen gedacht. Das war eine feierliche Verpflichtung, die bisher nicht eingehalten worden ist.

Man muß notwendigerweise zu der Erkenntnis gelangen, daß die Abrüstungskonferenz in ihrer ersten und wichtigsten Phase schließlich Schiffbruch erlitten hat. Die Enttäuschung ist allgemein, besonders in Deutschland, wo man sich bewußt geworden ist, daß die Signatarmächte des Versailler Vertrages — mit Ausnahme Italiens — keinen Versuch gemacht haben, eine wirkliche Abrüstungspolitik zu treiben, und daß sie daher nicht mehr zum Vertrage stehen.

Die Rechtfertigung der deutschen Forderung liege in dem Verlusten der Genfer Konferenz, die daran hinzußt, das Bestehen zweierlei Rechte an einem Dauerzustand zwischen Deutschland und den anderen Staaten zu machen.

Deutschlands Ausscheiden würde den endgültigen Verfall oder die unbefristete Verlängerung der Abrüstungskonferenz zur Folge haben. Es würde auch dem Völkerbund den Todesstreich versetzen, nachdem dieser ohnehin durch die Haltung Japans und durch die Vorbehaltte Italiens ernstlich kompromittiert ist.

Wir sehen uns unabweislich der Alternative gegenüber: Die allgemeine Sicherheit aller Staaten ist aufs engste verknüpft mit einem Maximalstand ihrer Rüstungen, beifer gesetzt mit einem Minimalstand, wie ich es im Juni 1928 in meiner Rede vor dem italienischen Senat ausgedrückt habe.

Eine wirkliche Abrüstung ist nur auf der Basis des Minimalstandards möglich, nicht durch die umgekehrte Methode. Folgerichtig ist Deutschland, wenn der Rüstungsstandards nicht ernährt wird, in seinem Recht, wenn es aufzuliegen. Dieses Recht auf Gleichheit kann nicht widerprochen werden; sonst würde Deutschland unter den Völkern deplaziert werden, d. h. es würde unter die Staaten eingereiht werden, die sich nicht voller politischer und militärischer Souveränität erfreuen. Um Deutschlands Ausscheiden aus der Abrüstungskonferenz zu verhindern, ist es unvermeidlich, daß sein Recht auf Gleichheit in der Rüstungsfrage anerkannt wird.

Gleichzeitig muß festgestellt werden, daß es im ursprünglichen Interesse Deutschlands liegt, wenn es Auge um Auge mit allen Staaten Europas, mit Amerika und der

Weltmeinung, einen maßvollen Gebrauch von seinem Recht auf Gleichheit macht und dieses erst zur Geltung bringt, wenn die Abrüstungskonferenz — so oder so — ihre Arbeiten endgültig abgeschlossen hat.

Wenn Deutschland seine juristische Gleichheit verlangt, muß es der Welt seine Selbstbezeichnung vor Augen führen, seine Klugheit und seinen aufrichtigen Wunsch nach Frieden und Zusammenarbeit. Wenn aber die Abrüstungskonferenz mit einem Misserfolg endet, muß die neue Organisation der militärischen Streitkräfte Deutschlands diesem Vorschlag angepaßt werden. In dem Falle muß das Ergebnis einer Übereinstimmung zwischen allen beteiligten Staaten sein, wie es Deutschland selbst zu wünschen nicht abgesehen ist.

Sich vorzustellen, daß der Lauf der Geschichte aufgehalten werden könnte, im Glauben, daß es möglich wäre, ein hoch zivilisiertes Volk wie die Deutschen, die nach Rußland die arische Bevölkerungssäule Europa aufweisen, für ewig zu knebeln, ist nur eine verworfliche Illusion. Man kann nicht den Weg in die Zukunft ebnen, wenn man sich ständig an das Gestrigste klammert.

Vertretertag des Kriegshäuserbundes.

General von Horn spricht über die Ziele des Bundes.

Kriegshäuser, 11. September. In Anwesenheit von Vertretern des Reichsinnenministeriums und der bürgerlichen Regierung sowie sämtlicher deutscher Landeskrigerverbände eröffnete Sonnabend der 1. Präsident, General der Artillerie a. D. von Horn, den 31. Vertretertag des Deutschen Reichskriegerbundes „Kriegshäuser“. Im Mittelpunkt des ersten Verhandlungstages stand eine programmatische Rede des Präsidenten über die Ziele und Aufgaben des Kriegshäuserbundes. Der Meinungsfeldzug des Kriegshäuserbundes unter dem Motto „Abrüstung der anderen, gleiches Recht und gleiche Sicherheit für alle“ habe Tausende von Kundgebungen zur Folge gehabt, deren Erfolg nicht ausbleiben sei. Innerpolitisch verfolge der Bund eine überparteiliche, gerade, staatspolitische Linie.

Im Anschluß an die mit großer Begeisterung aufgenommene Rede wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der das Streben nach dem Zusammenschluß aller aufbauwilligen nationalen Kräfte betont wird. Die Missionenorganisation des Kriegshäuserbundes sei Mitkinder des Aufbruchs zur Nation. Das alte Soldatenum kann als höchster Dienst nur den Dienst am Staat und an der Gemeinschaft der Nation. Der Kriegshäuserbund wolle nicht nur Träger des Wehrgedankens sein, sondern sich auch für die geistige und körperliche Wehrhaftmachung des Volkes einzusetzen.

Personalveränderungen in der Reichsmarine.



Konteradmiral Förster.



Konteradmiral Albrecht.

Konteradmiral Förster, der bisherige Befehlshaber der Linienschiffe, ist zum Chef der Marinestation der Nordsee, Konteradmiral Albrecht, der bisherige Befehlshaber der Aufklärungsstreitkräfte, zum Chef der Marinestation der Ostsee ernannt worden.

Gandhi droht mit seinem Hungerstreik.

London, 12. September. Gandhi beschreibt Hungersnöte zu sterben, wenn die britische Regierung bei ihrem Vorschlag bleibt, eine besondere Wahlkörperschaft für die unteren Kasten Indiens einzubilden. Gandhi will am 20. 8. M. beginnen, sich jeder Nahrungsaufnahme zu enthalten. Er ist der Meinung, daß der genannte Vorschlag auf die Vernichtung des Hinduismus hinauslaufen würde.

Wie aus Simla berichtet wird, verlangt dort, daß Gandhi am 20. 8. M. unmittelbar nach Beginn seiner Hungerdemonstration wahrheitlich in Freiheit gefestigt wird. Man rechnet damit, daß Gandhi, wenn er seinen Entschluß tatsächlich durchführt, höchstens einen Monat am Leben bleiben könnte. Die britische Regierung ist fest entschlossen, bei ihrem Vorschlag zu bleiben, falls zwischen den indischen Gemeinschaften keine Einigung über einen anderen Vorschlag zustande kommt.

Hutchinson in Ostgrönland.

Oslo, 13. September. Aus Tromsö wird gemeldet, daß Hutchinson sich nach der norwegischen Funkstation Finsbø in Ostgrönland gerettet habe.

Graf Zeppelin wieder zu einer Südamerikafahrt gestartet.

Friedrichshafen, 12. September. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist 22.10 Uhr unter Führung von Kapitän Lehmann mit neun Passagieren an Bord zu einer neuen Südamerikafahrt, die von Pernambuco nach Rio de Janeiro ausgedehnt wird, aufgestiegen. Infolge ungünstiger Wetternachrichten war der Start um 24 Stunden verschoben worden.

Schwere Herbststürme an der Nord- und Ostsee.

Berlin, 12. September. Aus den verschiedensten Teilen des Reichs treffen Meldungen über schwere Stürme ein. Die ganze Nordseeküste ist von einem heftigen Nordweststurm heimgesucht worden, der u. a. den Dampfer „Glückauf“ des Norddeutschen Lloyd auf seiner Helgolandfahrt zwang, die Nacht über in Helgoland zu verbleiben. Auf Borkum wurde Windstärke 10 gemessen. In der Nähe von Utlandshörn geriet ein Fischkutter in Seenot. Die Besatzung konnte gerettet werden.

Aus Königsberg wird starker West- und Südweststurm an der Ostseeküste gemeldet. Auch die Stadt Königsberg selbst hatte stark darunter zu leiden. In den Parkanlagen wurden zahlreiche Bäume gefüllt und entwurzelt, Ladenbuden wurden heruntergerissen, Fensterläden zertrümmert und sonstige Schäden an den Häusern angerichtet. Der Pegel ist gestiegen und droht über die Ufer zu treten. — In Danzig wurde die Zeltkuppe eines dort gaftierenden Zirkus und ein Stellzelt umgeworfen. Die Tiere sind provisorisch im städtischen Schlachthof untergebracht worden.

Löbe tritt in die „Vorwärts“-Redaktion ein.

Berlin, 13. September. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, ist der frühere Reichstagspräsident Löbe heute in die Redaktion des „Vorwärts“ eingetreten. Wie bekannt, war Löbe bis 1920 Chefredakteur der Breslauer „Volkswacht“.

Die 500 000-Mark-Prämie gegeben.

Berlin, 12. September. In derziehung der Preußisch-Süddeutschen Klasse-Lotterie entfiel die Prämie von 500 000 RM. auf das mit 1000 RM. gezogene Los Nr. 841 976. Das Los wurde in der 1. Abteilung in der Provinz Brandenburg, in der 2. Abteilung in Westfalen in Achellosen gespielt.

Empfang des Vizeadmirals Gladisch beim König von Dänemark. Während des Aufenthaltes der deutschen Flotte vor Skagen wurde der Flottenchef, Vizeadmiral Gladisch, vom König von Dänemark in Audienz empfangen.

Zusammenstöße im Garo-Betschel-Prozeß.

Berlin, 10. September. Bei Vernehmung des Prof. Höstlin, der für den am Erscheinen verhinderten Zeugen Professor Warnerov über die angeblich gefälschte Abschrift eines Schreitens an Rechtsanwalt Jacke aussagen sollte, kam es zu außerordentlich scharfen Zusammenstößen zwischen den Vertretern der beiden Parteien, wie sie in dieser Hefte in dem an Zwischenfällen reichen Prozeß sich bisher noch nicht ereignet haben. Nur mit Mühe konnte der Vorsitzende die scharfen Auseinandersetzungen der streitenden Parteien beschwichtigen. Als nächster Zeuge wurde dann der Direktor der Deutschen Bank, Oskar Wassermann, vernommen, der befand, daß sich Garo an ihn gewandt habe, um den Mitigationsprozeß durch ein Schiedsgericht, dem der Zeuge und der rheinische Großindustrie Dr. Silverberg angehören sollten, zu vermeiden. Die Verhandlungen hätten sich aber verschlagen. Die Beteiligung Ignaz Pfeffels an deutschen Braunkohlenbetrieben sei auf Veranlassung des Zeugen bereits bei der „Eintracht“ erfolgt. Beim Zusammenbruch des Fürstenkonzerns 1912 sei man von selbst auf Ignaz Pfeffel gekommen, der inzwischen auch eine Beteiligung an den Rheinischen Braunkohlenwerken gewonnen hatte. Von einem Hilferuf der Deutschen Bank könne keine Rede sein.

Witterungs-Beobachtungen vom 12. und 13. September

Stunde	Barometer in mm	Temperatur in °C	Luftfeuchtigkeit in %	Windrichtung u. Windstärke 0-12	Wolken 0-10	Niederschläge in mm
9 Uhr abends	742.2	+ 13.4	69	W 5	9	—
7 Uhr früh	745.0	+ 9.6	96	W 5	1	0.7
1 Uhr nachm.	747.1	+ 16.4	54	W 5	7	—

Niedrigste Temperatur der letzten 24 Stunden: + 9.0

Bei anhaltender Zufuhr von Kaltluftmassen hält in Mitteleuropa bei westlichen Winden die böige Witterung an. Neue Störungen zeigen sich südlich von Island. Sie dürfen zunächst keinen direkten Einfluß auf unsere Wetterlage gewinnen. Die späteren Luftmassen beginnen abzuflauen, so daß besonders nachts starkerer Temperaturrückgang eintreten.

Wie wird das Wetter am Mittwoch sein?

Abflauender West, wechselnd bewölkt, bei zeitweise Aufheiterung nur ganz vereinzelt Schauer, nach sehr kühler Nacht tagüber etwas wärmer.

Die neuen
Damen-Mantelstoffe
kaufen Sie entschieden am vorteilhaftesten in meinem Spezialgeschäft. Sie haben jetzt gerade die größte Auswahl in den neuen Mustern und Webarten. Meine Preise sind anerkannt niedrig
Willi Paulig, Niederstr. 14.

Heiders Berg.
Morgen, Mittwoch, nachm. 8½ Uhr:
Konzert der Stadtkapelle.
Zum Kaffee: **Plinze.**

Ratskeller.

Mittwoch, den 14. 9. 32:

Schweinschlachten

Abends: **Türlinger Bratwurst.**

Es lädt ergebnist ein H. Füchsle.

Ressource

Donnerstag, den 15.:

Schweinschlachten.

Gastwirtsverein.

Donnerstag, d. 15. d. M., nachm. 4 Uhr:

Versammlung

bei Kollegen Schredling, „Weißes Roß“.

Mittwoch von 9 Uhr an:

Wurstfleisch mit Brühe,

nachmittag 5 Uhr:

Warmen Wurstschinken

Wilhelm Heptner,

Wurstgeschäft

Aus den Beständen der

Weinbrennereien Albert Buchholz

Berl. o. m. b. Q.

kommen noch folgende Reiseposten zum

Verkauf:

Diverse Sorten **Wurst**

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Getreide-Sorten, 25 %,

RM. 1,75 per ¼ Originalflasche,

Alter Rotwein,

RM. 0,90 per ¼ Originalflasche,

Zitronenmost,

RM. 0,45 per ½ Literflasche,

sowie von der Weinbrennerei Albert

Buchholz Aktien-Ge.

Weinbrand Spezialfüllung

von ausgezeichneter Qualität, zum

Konkurrenzpreise von

RM. 3,50 per ¼ Originalflasche.

Der Verkauf erfolgt im Klein-Verkauf

der Firma, Berliner Straße 86.

Konkurrenzverwaltung.

Viktoria garten.

Gebr. Brefe u. Abselmühle

Morgen, Mittwoch:

Kaffee und

Plinze.

Morgen frische

Seefische,

Schollen,

Flundern,

ff. Büdinge,

R.-Flundern,

Bratheringe.

F. Krug,

Oberstrasse 10.

Jungeß

Mast-

Hammelfleisch

empfiehlt

G. Adler.

Plaumen

Breßäpfel

kaufst

Ernst Hoffmann,

Lathwiese 9.

Achtung!

Verkauf nur einmal sehr billig auf dem Wochentmarkt: Hyazinthen, Tulpen, Narzissen, Krokus, Scilla, Schneeglöckchen, Ranunkeln, Anemonen usw. Schröpfer, Leipzig.

Dein Magen streikt!

Gebrauche

Opfermanns

Magentropfen

gegen Appetitlosigkeit,

Leibschnellen, Uebel-

keit, Sodrennen,

Blähungen.

Flasche Mark — 90

und 1.60.

Silesia-Drogerie

Heinr. Städler,

Ring 17, Niederstr. 47.

Gestern mittag starb plötzlich und unerwartet mein lieber herzensguter Bruder und Onkel, der

Kaufmann

Georg Buschmann

im 51. Lebensjahr.

Grünberg Schles., am 13. September 1932.

In tiefer Trauer:

Frieda König geb. Buschmann und Kinder.

Beileidsbesuche dankend verbeten.

Beerdigung Donnerstag nachm. 3 Uhr von der Gr. Halle des Grünen Kreuzfriedhofes aus.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke anlässlich unserer Vermählung danken wir herzlichst

Grünberg, den 10. Sept. 1932

Paul Kramm und Frau

Gertrud geb. Nieble.

Zwangsvorsteigerungen

Es sollen öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden:

Am Mittwoch, den

14. Sept., 10 Uhr, im Gold. Frieden:

1 Büffet, 1 Sofa,

1 Nähmaschine,

1 Radioparat

m. Lautsprecher,

2 Schreibmaschinen,

1 elekt. Klavier,

1 Motorrad „Ardie“,

1 Schreibtisch,

1 Spiegel,

1 runder Tisch u.

3 Bällen Stoffe.

Müller,

Gerichtsvollzieher, fr. A.

Am Mittwoch, den

14. 9. 32, 10 Uhr, im Gold.

Frieden:

1 Schnellwaage,

Türschieber,

Werkzeugkasten,

Wetzling- und

schwarz. Garnitur,

Reform-Lüftbett,

Tablets, Bilder,

Knaben- und

Burschenanzüge,

1 Radioapparat

u. a. m.

Hentschel, Ober-

gerichtsvollzieher.

Telefon 665.

Mittwoch, den

14. Sept. 1932, vorm.

10 Uhr, im Gold.

Frieden:

1 Klavier,

1 Registratorkasse,

1 Büffet,

1 Motorrad,

2 Fahrräder,

2 Stehpulte,

1½ Gr. Stoffkaffee,

1 Klebeperle,

1 Höbelmaschine,

verglast. Möbel-

stücke und Korb-

möbel, Garten-

möbel,

1 Radioapparat,

9 Kinderwagen,

5 Küchenrahmen,

2 Paar Schne-

schuhe,

7 Kochtöpfen,

5 Schaukelpferde,

Giering, Gerichts-

vollzieher fr. A.

Grünberg,

Bahnhofstraße 11.

Am Mittwoch, den

14. September 1932,

um 10 Uhr in Kon-

topp vor dem Amts-

gericht:

8 Kübenschneider,

20 Kartoffelrode-

pflege, Möbel,

1 Bentrifuge,

1 Rundfunkapparat;

um 12 Uhr in Böh-

adel, Gasthaus

Conrad:

1 Büffet;

um 18 Uhr in Klei-

nz, Gath. Franke:

Ungedroschener

Roggan;

um 18 Uhr in Schwa-

rmich, Gast-

haus Ullmann:

Haus- u. Küchen-

geräte;

um 18½ Uhr in Grün-

berg, Gast-

haus Gräß:

Möbel.

Hänelt, Ober-